

Maurer, Rainer; Sander, Birgit; Schatz, Klaus-Werner; Schmidt, Klaus-Dieter

Working Paper — Digitized Version

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland: Fünfter Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 183

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Maurer, Rainer; Sander, Birgit; Schatz, Klaus-Werner; Schmidt, Klaus-Dieter (1992) : Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland: Fünfter Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 183, ISBN 3894560231, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/479>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

183

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland

Fünfter Bericht

INHALTSVERZEICHNIS

I. Gesamtwirtschaftliche Lage	3
II. Industrie	7
1. Aktuelle Lage und Wettbewerbsfähigkeit.....	7
2. Zur Bedeutung der Hermes-Bürgschaften für die ostdeutsche Industrie	12
3. Ausgewählte Branchen	14
III. Bauwirtschaft	18
IV. Dienstleistungssektor	22
1. Aktuelle Lage	22
2. Betriebsgröße.....	39
V. Kommunale Verwaltung	40
VI. Existenzgründungen	42
VII. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften	46
VIII. Spezialthemen	48
1. Umwandlungs- und Anpassungsprozesse bei den ehemaligen Produktionsgenossen- schaften des Handwerks (PGH).....	48
2. Zum Stand der Abwicklung der Außenhandelsbetriebe der ehemaligen DDR.....	53
3. Zur Situation der Handelsvermittlung in Ostdeutschland.....	56

Dieser Bericht wurde Anfang März 1992 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft haben Rainer Maurer, Birgit Sander, Klaus-Werner Schatz und Klaus-Dieter Schmidt mitgewirkt. Der Beitrag wurde auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, in den DIW-Wochenberichten, Nr. 12/13, 1992, veröffentlicht.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin; Institut für Weltwirtschaft, Kiel.-Kiel: Institut für Weltwirtschaft.

NE: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung <Berlin>

Bericht 5 (1992)

(Kieler Diskussionsbeiträge; 183)

ISBN 3-89456-023-1

NE: GT



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus

auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 19. November 1990 dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und dem Institut für Weltwirtschaft, Kiel, einen Forschungsauftrag mit dem Titel "Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland" erteilt. Dabei sollen in periodischer Folge kurze Berichte geliefert werden. Beide Institute legen hiermit einen fünften Bericht vor.¹⁾

Noch immer bereitet es große Schwierigkeiten, den wirtschaftlichen Umbruch in den neuen Bundesländern transparent zu machen. Die statistischen Informationen sind weiterhin lückenhaft; der Aufbau eines neuen statistischen Berichtsystems braucht seine Zeit. Die Institute müssen deshalb versuchen, die Lücken durch eigene Recherchen zu schließen. Das geschieht vor allem durch schriftliche und mündliche Befragungen von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und staatlichen Stellen sowie durch Auswertungen der Fach- und Tagespresse.

Nach den Vorstellungen des Auftraggebers sollen die Berichte im Umfang knapp gehalten werden. Sie können deshalb nicht flächendeckend sein, sondern müssen - wechselnde - Schwerpunkte setzen. Der folgende Bericht konzentriert sich auf die Situation in der Industrie, in der Bauwirtschaft und in einigen Dienstleistungsbereichen. Er behandelt außerdem verschiedene Spezialthemen.

Bei der Arbeit an dem Bericht haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Institut für Weltwirtschaft mit anderen Instituten zusammengearbeitet, die in das Projekt eingebunden sind. Es sind dies: die Bauakademie Berlin, die Forschungsstelle für den Handel (FfH), Berlin, das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), und das Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe.

I. Gesamtwirtschaftliche Lage

Die ostdeutsche Wirtschaft hat sich noch nicht von der Talsohle gelöst. Die gesamtwirtschaftliche Produktion war im vierten Quartal 1991 nur wenig höher als in den beiden Vorquartalen. Nach ersten Schätzungen unterschritt das Bruttoinlandsprodukt den entsprechenden Vorjahresstand zuletzt um etwa 20 vH (Tabelle 1).

Der enorme Einkommenstransfer aus den alten Bundesländern wird nach wie vor nur zum kleineren Teil in den neuen Bundesländern produktionswirksam. Trotz beachtlicher Anstrengungen bei der Erneuerung der Produktionsanlagen und der Erschließung neuer Märkte hat die Mehrzahl der ostdeutschen Unternehmen den Rückstand gegenüber der Konkurrenz bisher nicht verringern können - die Kluft zwischen der Summe der Güter, die in den neuen Bundesländern konsumiert und investiert werden, und der Summe jener, die dort produziert werden, ist noch immer groß: Die Differenz zwischen

¹⁾ Die ersten vier Berichte wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in den Wochenberichten 12/91, 24/91, 39-40/91 und 51-52/91 sowie vom Institut für Weltwirtschaft in den Kieler Diskussionsbeiträgen 168, 169, 176 und 178 veröffentlicht.

gesamter Inlandsnachfrage und -produktion betrug im zurückliegenden Jahr rund 160 Mrd. DM. Der ostdeutsche Beitrag zum gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 2 807 Mrd. DM belief sich auf lediglich 183 Mrd. DM, das sind weniger als 7 vH. Bei gleicher Produktivität wie im Westen hätten es mehr als dreimal so viel sein müssen.

Tabelle 1 - Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland 1990 und 1991 (Mrd. DM zu Preisen vom 2. Hj. 1990) a)

	1990				1991			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Land- und Forstwirtschaft	1,2	1,2	1,9	1,5	0,9	0,7	1,4	1,0
Produzierendes Gewerbe	32,0	31,7	21,9	20,0	15,3	15,0	15,0	15,2
Energieversorgung, Bergbau	2,4	2,2	1,9	1,7	1,5	1,3	1,2	1,1
Verarbeitendes Gewerbe	25,7	24,7	15,9	14,5	11,0	10,7	10,8	11,1
Baugewerbe	3,9	4,8	4,2	3,8	2,8	3,0	2,9	3,0
Handel und Verkehr	16,1	15,8	9,0	9,1	7,6	7,1	7,5	7,7
Dienstleistungsunternehmen	8,2	8,5	8,8	8,2	7,8	7,8	8,2	8,4
Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck	10,0	10,0	10,0	10,3	10,1	9,7	9,7	9,5
- Bereinigungen	4,6	4,7	4,7	4,7	4,9	5,2	5,4	5,4
Alle Wirtschaftsbereiche	63,1	62,4	47,0	44,3	36,8	35,2	36,1	36,4
Nachrichtlich: Bruttoinlandsprodukt	68,9	68,6	50,2	48,2	39,0	37,4	38,7	38,7
Letzte inländische Verwendung	70,2	73,8	68,3	79,6	77,0	79,5	81,0	87,2

a) Nicht saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW.

Ein selbsttragender Aufschwung in den neuen Bundesländern kann nicht durch hohe Transferzahlungen erzwungen werden. Er wird sich erst dann einstellen, wenn mehr und mehr Unternehmen in die Lage kommen, rentabel zu produzieren. Dazu müssen die Investitionen aufgestockt werden, weit über das derzeitige Volumen hinaus. Westdeutsche Unternehmen und der Staat investieren schon jetzt in großem Umfang in Ostdeutschland. Bereits im vergangenen Jahr haben die gesamten Anlageinvestitionen eine Größenordnung von nominal gut 70 Mrd. DM erreicht; im laufenden Jahr dürften es 90 Mrd. DM sein.¹⁾ Daraus errechnet sich für Ostdeutschland zwar eine Investitionsquote (Anlageinvestitionen im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt) von reichlich 40 vH, sie ist etwa doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Aber auch diese im internationalen Vergleich ungewöhnlich hohe Quote ist kein Indiz für einen hinreichend kräftigen Investitionsprozeß. So ist das Verhältnis der Anlageinvestitionen zur gesamten Güternachfrage im Inland, also unter Einschluß der Importe, mit 23 vH nicht höher als in Westdeutschland. Je Erwerbstätigen werden in Ostdeutschland in diesem Jahr mit

1) Diese Summe korrespondiert mit Schätzungen des Ifo-Instituts, nach denen allein die westdeutschen Unternehmen (ohne Bahn, aber einschließlich Post) im Jahr 1992 reichlich 40 Mrd. DM in Ostdeutschland investieren wollen. Von den vom Ifo-Institut genannten Zahlen wird in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des DIW allerdings ein Abschlag vorgenommen, da diese "Direktinvestitionen" auch die Beteiligung an bestehenden ostdeutschen Unternehmen enthalten, die lediglich einen Eigentümerwechsel anzeigen, nicht aber eine Vergrößerung des Kapitalstocks bedeuten.

voraussichtlich 1 200 DM nur etwa zwei Drittel der Investitionen in Westdeutschland getätigt; je Einwohner ist es sogar nur die Hälfte.

Für einen raschen Aufholprozeß Ostdeutschlands reicht es nicht aus, nur auf westliche Investoren zu setzen. Eine verstärkte Kapitalbildung aus der Region heraus ist notwendig. In dieser Hinsicht sind die Bedingungen offenbar schlecht. Die Unternehmen haben im zurückliegenden Jahr Verluste gemacht. Eine Reihe von Indikatoren belegt, daß die Lohnsteigerungen noch kräftiger waren als vielfach vermutet; dafür spricht insbesondere die starke Zunahme der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. Gleichzeitig war der Rückgang des Sozialprodukts stärker, als bisher angenommen. Im Jahresdurchschnitt 1991 war die gesamtwirtschaftliche Produktivität je Stunde nur ebenso hoch wie 1990.

Vor allem die ostdeutsche Industrie hat es ungemein schwer mit der wirtschaftlichen Umstrukturierung. Das zeigt sich auch daran, daß die Exporte - trotz massiver Stützung des Osteuropageschäfts durch die Hermes-Bürgschaften - im Jahresverlauf nur wenig stiegen, während die Einfuhren weiterhin kräftig expandierten. Besser sind die Perspektiven in jenen Bereichen, in denen überwiegend für regionale Märkte produziert wird, wie im Baugewerbe, Handwerk, Handel und Verkehrsgewerbe, im Gastgewerbe und in den Freien Berufen. Dort ist der Druck der auswärtigen Konkurrenz meist nicht so stark wie im industriellen Sektor. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß auch dort die Entwicklung oftmals eng mit der in der Industrie verknüpft ist. Ohne eine breite industrielle Basis kann sich die Dienstleistungsproduktion nicht voll entfalten.

Der Abbau von Arbeitsplätzen setzt sich in unverändertem Tempo fort (Tabelle 2 und 3). Nach einer neuerlichen Entlassungswelle vor allem bei den Treuhandbetrieben am Jahresende 1991 dürften derzeit in den neuen Bundesländern noch knapp 6 1/2 Millionen Menschen eine Arbeitsstelle haben; davon arbeitet rund eine halbe Million kurz, und eine weitere halbe Million wird durch Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor Arbeitslosigkeit bewahrt. Ferner sind 700 000 Menschen im Vorruhestand.

Von Ende 1989 bis Ende 1991, also binnen zweier Jahre, sind fast 3 1/2 Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen, der weitaus größte Teil in der Landwirtschaft und im produzierenden Gewerbe. Doch hat sich dies nur zum kleineren Teil - zu etwa einem Drittel - in Arbeitslosigkeit niedergeschlagen. Je ein weiteres Drittel hat zur Abwanderung von Arbeitskräften (Pendler und Übersiedler) sowie zur Beendigung der Erwerbstätigkeit, vor allem durch Frühverrentung, geführt.

In den kommenden Monaten wird die gesamtwirtschaftliche Produktion zwar zunehmen. Aber das wird noch nicht zu einer Wende auf dem Arbeitsmarkt führen. In Teilbereichen ist der Druck, Personal freizusetzen, weiterhin groß, so vor allem bei den im Treuhandbesitz befindlichen Industrieunternehmen und bei den staatlichen Stellen. In der ersten Jahreshälfte wird es bei den Treuhandbetrieben nochmals zu zahlreichen Entlassungen kommen. Erst im späten Verlauf des Jahres dürften sich Personalabbau und -aufbau ausbalancieren.

Die desolate Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist auch eine Folge der raschen Lohnangleichung - allein im Verlauf des zurückliegenden Jahres stiegen die Tariflöhne in Ostdeutschland

im Durchschnitt um etwa 60 vH, und in diesem Jahr werden es mehr als 20 vH sein. Bei dem rasanten Tempo, das die Lohnpolitik in Ostdeutschland vorlegt, wird es auf absehbare Zeit nicht möglich sein, dort jene sieben bis acht Millionen wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten, die notwendig sind, um wieder einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen.

Tabelle 2 - Erwerbstätige a) nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland 1990 und 1991 (in 1000)

	1990				1991			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Insgesamt	9 568	9 130	8 671	8 051	7 770	7 284	6 902	6 708
davon:								
Land- und Forstwirtschaft	960	830	779	600	560	478	430	382
Produzierendes Gewerbe	4 266	4 097	3 805	3 517	3 385	3 074	2 727	2 540
Handel und Verkehr	1 623	1 547	1 469	1 359	1 303	1 303	1 265	1 243
Dienstleistungsunternehmen und Staat	2 719	2 656	2 627	2 563	2 481	2 328	2 246	2 186
ABM-Maßnahmen	-	-	-	12	41	101	234	357
	Veränderung gegenüber IV/1989							
Insgesamt	- 188	- 626	-1 085	-1 705	-1 986	-2 472	-2 854	-3 048
darunter:								
Arbeitslose	13	83	309	556	756	835	1 023	1 037
Pendler b)	14	28	88	142	226	320	400	482
Übersiedler	129	166	221	254	286	318	350	382
Frührentner c)	45	190	310	410	430	516	563	661

a) Im Inland (Arbeitsortkonzept). - b) Saldo. - c) Vorrubestand, Altersübergangsgeld.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Schätzung des DIW und IfW.

Tabelle 3 - Offene und verdeckte Form von Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland 1990 und 1991 (in 1000)

	Insgesamt a)	davon:			
		Arbeitslose	Kurzarbeiter	ABM-Maßnahmen	Weiterbildungsmaßnahmen
1990					
I	13	13	-	-	-
II	83	83	-	-	-
III	906	309	1 295	-	0
IV	1 395	556	1 736	12	26
1991					
I	1 909	756	1 926	41	75
II	2 116	835	1 962	101	80
III	2 156	1 023	1 464	234	70
IV	2 058	1 037	1 113	357	75

Nachrichtlich:

Januar 1992	.	1 343	520	394	.
Februar 1992	.	1 290	519	400	.

a) Zahl der Kurzarbeiter gewichtet mit der geleisteten Arbeitszeit.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Schätzung des DIW und IfW.

II. Industrie

1. Aktuelle Lage und Wettbewerbsfähigkeit

In der ostdeutschen Industrie haben Produktion und Auftragseingänge im Herbst letzten Jahres leicht angezogen (Tabelle 4 und 5). Eine erhebliche Rolle spielen hierbei die Bestellungen aus dem Ausland, namentlich die Hermes-verbürgten Geschäfte mit den GUS-Ländern. Allerdings ist das Niveau von Leistung und Bestellungen noch immer sehr niedrig. Günstig entwickelte sich die Produktion in den Bereichen Steine und Erden, in der Chemie, im Stahl- und Leichtmetallbau sowie im Druckgewerbe. Stark rückläufig war sie hingegen in der Eisen- und Stahlindustrie. Auch in der Feinmechanik/Optik, der EDV-Geräte-Industrie und im Textilgewerbe ging die Fertigung zurück.

Viele Unternehmen sind noch zu schwach, um auf den westlichen Märkten konkurrieren zu können. Dennoch ist ein Anpassungsprozeß in Gang gekommen. Seit Anfang 1991 nimmt die Produktivität, gemessen am Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde, zu (Tabelle 6). Der Produktivitätsfortschritt wurde bisher vor allem durch eine massive Verringerung des Arbeitsvolumens erzielt; im Jahresverlauf sank die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um reichlich ein Drittel (Tabelle 7). Doch sind auch die Löhne kräftig gestiegen. Im Laufe des vergangenen Jahres erhöhte sich die Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigtenstunde im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands um 40 vH, von knapp 11 DM auf reichlich 14 DM.

Unter Einschluß der Personalnebenkosten - das sind vor allem die gesetzlichen und freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber¹⁾ - betrug der "Stundenlohn" im vierten Quartal etwa 20 DM²⁾ (Tabelle 8). Ins Auge sticht die Entwicklung in der Druckindustrie: Hier wurden sowohl zum 1. Februar 1991 als auch zum 1. Oktober 1991 kräftige Anhebungen von Löhnen und Gehältern vereinbart. Innerhalb eines Jahres, vom Herbst 1990 bis zum Herbst 1991, hat sich der im Branchenvergleich ohnehin sehr hohe Stundenlohn verdoppelt.

Nimmt man die Entwicklung von Löhnen und Produktivität zusammen, hat sich die Kostensituation des verarbeitenden Gewerbes im Laufe des vergangenen Jahres kaum geändert - trotz massiver Freisetzung (Tabelle 9). Das heißt, der Rückstand gegenüber den westlichen Konkurrenten hat sich nicht vermindert. Das Niveau der Lohnstückkosten ist noch immer deutlich höher als in Westdeutschland.

-
- 1) Darin enthalten sind auch tariflich vereinbarte Zuschläge auf das Kurzarbeitergeld. Hinzu kommen die Sozialversicherungsbeiträge für die Kurzarbeiter, die den Arbeitgebern später erstattet werden. Um diesen Betrag sind die Nebenkosten überhöht.
 - 2) Im Verlauf des Jahres war der Anstieg ungleichmäßig, da die Tarifierhebungen zumeist zum 1. April vereinbart wurden und sich in erhöhten Zahlungen der Unternehmen im April und Mai niederschlugen. Im August und Dezember ist der Effekt einer geringen monatlichen Stundenzahl zu beobachten und die Ergebnisse des November sind durch Weihnachtsgeldzahlungen verzerrt.

Tabelle 4 - Entwicklung der Nettoproduktion a) im verarbeitenden Gewerbe b) von Ostdeutschland 1991
- Januar 1991 = 100 -

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	93,1	99,5	88,3	93,0	96,3	95,4	92,4	100,6	105,0	106,0	99,4
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	100,0	91,3	111,7	96,5	95,8	94,4	98,3	99,9	108,0	120,0	118,4	102,4
darunter:												
Mineralölverarbeitung	100,0	97,7	101,2	83,6	102,5	96,9	103,5	104,6	103,1	103,0	114,4	113,4
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	100,0	78,7	136,3	151,9	174,8	164,6	181,5	175,5	195,5	212,7	198,7	141,4
Eisenschaffende Industrie	100,0	90,5	102,5	95,8	100,0	99,8	88,3	88,8	91,8	90,6	73,1	61,4
Gießerei	100,0	99,8	97,0	88,6	92,6	92,2	68,6	67,2	70,8	69,8	75,4	58,2
Chemische Industrie	100,0	89,9	109,8	92,4	76,0	76,4	85,4	91,4	98,7	126,3	130,3	120,7
Investitionsgüter prod. Gewerbe	100,0	93,1	95,7	84,4	90,2	98,0	94,6	90,4	100,6	98,5	105,0	103,2
darunter:												
Stahl- u. Leichtmetallbau	100,0	101,8	122,0	113,4	128,5	132,6	153,3	149,3	158,2	159,6	166,3	172,1
Maschinenbau	100,0	85,5	85,5	74,8	82,9	95,2	85,5	81,8	96,7	86,2	101,2	97,5
Straßenfahrzeugbau	100,0	134,1	141,4	122,5	122,6	128,5	127,9	109,1	111,7	125,8	124,2	114,7
Elektrotechnik	100,0	94,4	90,3	76,0	78,5	89,7	82,2	84,1	91,6	94,8	91,0	88,2
Feinmechanik, Optik, Uhren	100,0	63,2	57,2	47,6	37,8	32,2	36,7	33,2	30,8	29,2	33,8	42,3
Herst. v. Büromasch., ADW-Geräten	100,0	65,0	84,3	101,5	88,9	77,4	59,4	57,8	47,6	49,9	55,5	40,1
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	100,0	93,8	98,7	89,8	91,6	97,2	91,5	87,5	98,9	108,8	106,2	94,5
darunter:												
Holzverarbeitung	100,0	82,8	87,5	80,2	79,2	78,7	69,0	72,0	91,1	98,2	97,1	84,0
Druckerei, Vervielfältigung	100,0	103,2	117,1	118,4	124,9	138,0	135,6	140,6	140,2	153,3	165,6	163,5
Textilgewerbe	100,0	93,8	91,4	75,0	79,3	83,6	81,3	63,5	74,7	84,6	78,5	63,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	100,0	94,6	96,7	87,6	97,1	94,1	96,4	91,9	94,3	101,9	96,0	90,6

a) Fachliche Unternehmensteile, arbeitstäglich bereinigt.- b) Monatlich meldende Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 5 - Entwicklung des Auftragsingangs a) im verarbeitenden Gewerbe b) von Ostdeutschland 1991
- Januar 1991 = 100 -

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	76,5	106,2	91,9	78,9	86,8	82,1	97,8	82,4	86,3	90,9	105,9
Insgesamt	100,0	76,5	106,2	91,9	78,9	86,8	82,1	97,8	82,4	86,3	90,9	105,9
Inland	100,0	71,2	76,3	75,6	77,6	74,1	75,7	78,0	76,3	75,1	81,2	75,9
Ausland	100,0	97,3	223,0	156,0	83,9	136,9	107,4	174,8	105,8	130,1	124,5	223,2
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	100,0	90,8	97,1	90,2	77,5	78,1	84,2	68,6	85,3	94,0	81,4	92,9
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	100,0	75,9	117,0	153,0	160,9	166,0	176,9	172,3	203,0	199,2	190,6	118,8
Eisenschaffende Industrie	100,0	54,0	152,7	83,6	61,1	59,8	74,4	54,2	59,8	66,1	50,6	48,2
Chemische Industrie	100,0	112,0	78,2	84,5	79,3	80,7	84,2	61,2	86,6	100,4	88,8	127,1
Investitionsgüter prod. Gewerbe	100,0	69,9	122,7	100,0	83,5	98,5	86,4	129,2	85,3	86,0	103,1	127,4
Stahl- u. Leichtmetallbau	100,0	64,3	415,2	113,4	101,4	209,3	146,1	315,4	193,6	84,3	125,9	455,5
Maschinenbau	100,0	70,2	122,9	132,0	88,8	105,1	85,7	161,5	88,7	113,4	109,1	99,6
Straßenfahrzeugbau	100,0	115,7	89,7	79,2	88,3	86,3	59,9	64,3	60,5	55,2	82,7	60,5
Elektrotechnik	100,0	68,1	59,3	65,7	66,3	60,1	57,4	55,9	47,9	55,8	66,8	91,2
Feinmechanik, Optik, Uhren	100,0	50,8	66,3	39,1	47,6	29,5	37,4	71,4	32,5	28,4	46,6	37,6
Herst. v. Büromasch., ADW-Geräten	100,0	23,1	24,4	24,2	38,1	31,2	23,2	30,1	34,4	26,4	28,2	38,0
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	100,0	67,6	76,0	71,7	68,3	68,3	66,3	62,9	68,2	72,2	76,8	68,7
Druckerei, Vervielfältigung	100,0	118,9	106,9	99,9	127,0	129,1	113,8	130,6	120,7	136,1	131,9	123,6
Textilgewerbe	100,0	77,6	83,2	102,5	76,6	95,8	83,3	78,2	70,3	73,0	86,0	96,2

a) Originalwert; Wertindex.- b) Monatlich meldende Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 6 - Entwicklung der Nettoproduktion je Beschäftigtenstunde a) im verarbeitenden Gewerbe b) von Ostdeutschland 1991
- Januar 1991 = 100 -

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	108,5	118,4	105,6	114,7	125,8	129,5	133,4	143,9	151,4	162,4	175,6
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	100,0	106,4	129,6	120,9	115,9	124,1	136,0	147,1	160,0	179,6	189,4	190,1
darunter:												
Mineralölverarbeitung	100,0	103,0	105,4	89,9	114,9	124,8	134,0	149,9	149,0	158,2	189,4	207,4
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	100,0	117,4	174,2	179,3	217,9	217,9	235,9	246,2	275,9	301,3	300,1	264,3
Eisenschaffende Industrie	100,0	92,6	104,9	105,1	107,9	116,6	105,0	114,5	119,5	115,1	106,5	100,3
Gießerei	100,0	120,7	112,8	101,9	106,7	115,4	98,3	106,4	108,6	110,9	130,0	125,3
Chemische Industrie	100,0	99,2	125,7	130,2	90,2	101,1	125,1	138,0	154,4	200,5	213,8	219,3
Investitionsgüter prod. Gewerbe	100,0	111,8	119,5	101,8	115,1	129,9	130,3	132,1	144,8	142,4	159,1	185,7
darunter:												
Stahl- u. Leichtmetallbau	100,0	111,5	127,9	94,7	118,9	120,9	137,9	142,8	148,4	147,6	154,2	177,7
Maschinenbau	100,0	106,4	111,8	96,5	111,3	135,8	120,8	127,2	149,8	132,2	161,9	187,7
Straßenfahrzeugbau	100,0	167,0	159,4	136,1	140,8	162,4	167,9	146,3	147,6	165,4	173,4	191,3
Elektrotechnik	100,0	115,3	119,9	103,2	110,0	128,7	137,2	143,6	148,0	159,0	163,4	185,0
Feinmechanik, Optik, Uhren	100,0	79,9	77,1	65,1	54,0	47,4	62,9	60,4	60,0	59,6	74,8	122,6
Herst. v. Büromasch., ADW-Geräten	100,0	92,4	119,8	141,4	145,6	131,7	128,0	112,5	114,6	113,4	142,1	132,7
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	100,0	103,8	111,3	105,6	112,3	127,4	125,2	129,9	143,4	160,2	167,3	173,1
darunter:												
Holzverarbeitung	100,0	94,7	100,6	93,4	96,7	102,9	94,2	101,8	123,5	133,5	139,2	138,2
Druckerei, Vervielfältigung	100,0	108,7	120,4	131,6	122,6	146,8	139,7	150,2	149,4	159,8	177,0	192,7
Textilgewerbe	100,0	105,8	106,3	91,2	99,8	112,4	118,6	103,5	120,8	142,0	139,3	132,9
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	100,0	107,7	109,8	96,8	111,6	115,7	116,3	115,2	119,4	129,8	131,9	126,9

a) Unterstellt wird, daß die Zahl der geleisteten Stunden bei Arbeitern und Angestellten gleich ist.- b) Monatlich meldende Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schätzungen des DIW.

Tabelle 7 - Entwicklung der Beschäftigtenstunden a) im verarbeitenden Gewerbe b) von Ostdeutschland 1991
- Januar 1991 = 100 -

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	85,9	84,0	83,6	81,1	76,6	73,7	69,2	69,9	69,4	65,6	56,6
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	100,0	85,8	86,1	79,8	82,6	76,0	72,3	67,9	67,5	66,8	62,5	53,9
darunter:												
Mineralölverarbeitung	100,0	94,8	96,0	93,0	89,3	77,7	77,2	69,8	69,2	65,1	60,4	54,7
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	100,0	67,0	78,3	84,7	80,2	75,6	76,9	71,3	70,9	70,6	66,2	53,5
Eisenschaffende Industrie	100,0	97,7	97,8	91,2	92,6	85,6	84,2	77,5	76,8	78,7	68,6	61,2
Gießerei	100,0	82,7	86,0	87,0	86,8	79,9	69,8	63,2	65,2	62,9	58,0	46,5
Chemische Industrie	100,0	90,6	87,3	71,0	84,2	75,6	68,3	66,2	64,0	63,0	61,0	55,0
Investitionsgüter prod. Gewerbe	100,0	83,3	80,1	82,9	78,4	75,4	72,6	68,4	69,4	69,2	66,0	55,5
darunter:												
Stahl- u. Leichtmetallbau	100,0	91,3	95,3	119,7	108,0	109,7	111,1	104,5	106,6	108,1	107,9	96,8
Maschinenbau	100,0	80,3	76,4	77,5	74,5	70,1	70,8	64,3	64,5	65,2	62,5	51,9
Straßenfahrzeugbau	100,0	80,3	88,7	90,0	87,1	79,2	76,2	74,6	75,6	76,1	71,6	60,0
Elektrotechnik	100,0	81,9	75,4	73,6	71,4	69,7	59,9	58,6	61,9	59,6	55,7	47,7
Feinmechanik, Optik, Uhren	100,0	79,1	74,2	73,0	69,9	68,0	58,3	54,9	51,3	49,0	45,2	34,5
Herst. v. Büromasch., ADW-Geräten	100,0	70,4	70,4	71,8	61,1	58,7	46,4	51,4	41,5	44,0	39,1	30,2
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	100,0	90,8	88,6	85,0	81,6	76,3	73,1	67,3	69,0	67,9	63,5	54,6
darunter:												
Holzverarbeitung	100,0	87,4	86,9	85,9	81,9	76,4	73,3	70,8	73,7	73,6	69,8	60,8
Druckerei, Vervielfältigung	100,0	95,0	97,3	89,9	101,9	94,0	97,1	93,6	93,8	95,9	93,5	84,9
Textilgewerbe	100,0	88,7	86,0	82,3	79,4	74,4	68,5	61,3	61,9	59,6	56,3	47,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	100,0	87,9	88,1	90,4	87,0	81,4	82,9	79,7	79,0	78,5	74,3	71,4

a) Unterstellt wird, daß die Zahl der geleisteten Stunden bei Arbeitern und Angestellten gleich ist.- b) Monatlich meldende Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schätzungen des DIW.

Tabelle 8 - Personalkosten a) je Beschäftigtenstunde b) im verarbeitenden Gewerbe c) von Ostdeutschland 1991
- DM -

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Verarbeitendes Gewerbe	13,20	14,07	14,54	15,94	17,31	17,93	17,99	18,61	17,48	17,89	20,69	22,97
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe darunter:	13,19	14,08	14,63	17,40	17,43	19,00	18,66	19,22	18,29	18,82	20,52	22,23
Mineralölverarbeitung	14,02	13,82	13,85	17,35	18,03	27,72	19,52	20,85	20,20	21,24	19,61	21,75
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	11,69	15,29	14,72	15,61	18,08	18,06	17,74	18,38	17,34	17,65	20,52	23,88
Eisenschaffende Industrie	14,41	13,99	13,67	15,92	16,92	18,87	17,96	19,23	18,10	17,74	18,81	20,56
Gießerei	15,20	15,75	16,21	17,44	18,16	19,41	21,02	21,46	18,81	19,16	21,08	24,37
Chemische Industrie	12,79	13,22	14,49	19,74	16,52	18,25	19,19	19,55	19,56	20,48	22,18	22,62
Investitionsgüter prod. Gewerbe darunter:	13,61	14,93	15,44	16,93	18,96	19,21	19,17	19,80	18,40	18,57	21,43	25,45
Stahl- u. Leichtmetallbau	14,40	14,96	15,38	15,87	17,64	17,49	17,97	18,78	18,00	17,91	23,27	26,26
Maschinenbau	13,16	14,89	15,18	16,97	19,02	20,25	18,82	20,03	18,66	18,91	21,24	24,62
Straßenfahrzeugbau	15,73	15,34	15,36	17,46	18,47	18,13	19,07	19,04	16,80	17,68	20,28	22,48
Elektrotechnik	13,35	15,11	15,99	17,46	19,21	19,21	20,15	20,17	18,75	19,09	21,75	26,90
Feinmechanik, Optik, Uhren	13,59	15,90	15,33	16,60	20,53	19,55	23,39	22,62	21,73	19,46	24,50	30,94
Herst. v. Büromasch., ADV-Geräten	12,21	17,61	15,47	15,17	20,78	21,04	22,58	20,53	20,64	18,54	21,43	27,97
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe darunter:	12,73	12,95	13,41	13,60	15,12	15,38	16,27	17,02	15,65	16,57	20,22	21,33
Holzverarbeitung	12,32	12,71	13,18	13,20	14,76	15,31	16,05	15,94	14,40	15,01	16,40	19,46
Druckerei, Vervielfältigung	15,87	18,30	18,20	19,17	22,95	25,18	23,75	24,69	22,97	24,87	33,68	32,16
Textilgewerbe	11,54	11,96	12,65	12,86	14,08	13,54	15,25	16,08	15,01	16,47	21,16	20,74
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	12,08	12,34	12,77	12,98	14,08	14,79	14,46	14,84	14,92	15,37	18,47	17,04

a) Lohn- und Gehaltssumme sowie gesetzliche und freiwillige Sozialkosten (geschätzt). - b) Unterstellt wird, daß die Zahl der geleisteten Stunden bei Arbeitern und Angestellten gleich ist. - c) Monatlich meldende Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schätzungen des DIW.

Tabelle 9 - Entwicklung der Lohnstückkosten a) im verarbeitenden Gewerbe b) von Ostdeutschland 1991
- Januar 1991 = 100 -

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Verarbeitendes Gewerbe	100,0	98,2	93,0	114,3	114,3	107,9	105,3	105,6	92,0	89,5	96,5	99,1
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe darunter:	100,0	100,4	85,6	109,1	114,0	116,1	104,1	99,1	86,7	79,5	82,2	88,7
Mineralölverarbeitung	100,0	95,7	93,7	137,7	112,0	158,5	103,9	99,2	96,7	95,8	73,9	74,8
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden	100,0	111,4	72,3	74,5	71,0	70,9	64,3	63,9	53,8	50,1	58,5	77,3
Eisenschaffende Industrie	100,0	104,8	90,5	105,1	108,8	112,4	118,7	116,5	105,1	107,0	122,6	142,2
Gießerei	100,0	85,9	94,6	112,6	112,0	110,7	140,7	132,7	114,0	113,6	106,7	128,0
Chemische Industrie	100,0	104,1	90,1	118,6	143,1	141,1	119,9	110,8	99,1	79,8	81,1	80,6
Investitionsgüter prod. Gewerbe darunter:	100,0	98,1	94,9	122,1	121,1	108,7	108,1	110,2	93,3	95,8	99,0	100,7
Stahl- u. Leichtmetallbau	100,0	93,2	83,5	116,4	103,0	100,5	90,5	91,3	84,2	84,3	104,8	102,6
Maschinenbau	100,0	106,3	103,1	133,7	129,9	113,3	118,4	119,7	94,6	108,7	99,7	99,7
Straßenfahrzeugbau	100,0	58,4	61,3	81,6	83,4	71,0	72,2	82,7	72,3	68,0	74,4	74,7
Elektrotechnik	100,0	98,2	100,0	126,7	130,8	111,8	110,0	105,2	94,9	89,9	99,7	109,0
Feinmechanik, Optik, Uhren	100,0	146,4	146,4	210,3	279,9	303,5	273,8	275,5	266,5	240,2	241,2	185,7
Herst. v. Büromasch., ADV-Geräten	100,0	156,1	105,8	87,9	116,9	130,8	144,6	149,5	147,5	133,9	123,6	172,6
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe darunter:	100,0	98,5	94,7	101,2	105,8	94,8	102,1	102,9	85,7	81,2	95,0	96,8
Holzverarbeitung	100,0	109,0	106,4	114,7	124,0	120,8	138,3	127,2	94,7	91,3	95,7	114,3
Druckerei, Vervielfältigung	100,0	106,1	95,2	91,8	118,0	108,1	107,2	103,6	96,9	98,1	119,9	105,2
Textilgewerbe	100,0	98,0	103,1	122,3	122,2	104,5	111,4	134,7	107,7	100,5	131,7	135,3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	100,0	94,9	96,3	111,0	104,5	105,9	103,0	106,6	103,5	98,1	116,0	111,2

a) Personalkosten je Einheit Nettoproduktion. - b) Monatlich meldende Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schätzungen des DIW.

Wie unterschiedlich die Veränderung der Wettbewerbssituation bei ähnlichen Lohnanpassungsschritten sein kann, verdeutlicht der Vergleich der Industriezweige "Feinmechanik, Optik, Uhren" und "Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden". In beiden Branchen sind die Stundenlöhne ähnlich stark gestiegen, nämlich um etwa 50 vH. Die Beschäftigung wurde bei "Feinmechanik, Optik, Uhren" weit stärker reduziert als bei "Steinen und Erden". Dennoch sank die

Produktivität je Stunde im erstgenannten Bereich um ein Drittel, während sie sich im letztgenannten verdreifachte, denn die Produktion von "Steinen und Erden" hatte sich verdoppelt, die "Feinmechanik" mußte um zwei Drittel reduzieren. Insgesamt ergab sich bei "Steinen und Erden" eine deutliche Kostensenkung, in der "Feinmechanik" hingegen eine drastische Kostensteigerung. Die Erklärung liegt in der Entwicklung des Absatzes. Eine Branche wie "Steine und Erden" ist nicht nur weniger dem überregionalen Wettbewerb ausgesetzt, sondern kann sich aufgrund der Produktcharakteristika und Produktionsprozesse auch rascher umstellen; vor allem profitiert sie derzeit von der Sonderentwicklung in der Bauwirtschaft. Sie kann deshalb mit Lohnsteigerungen der obengenannten Größenordnungen - wengleich auch hier mit Hilfe eines Abbaus der Beschäftigung - eher zurecht kommen. Eine Branche, die dem internationalen Wettbewerb voll ausgesetzt ist wie "Feinmechanik, Optik, Uhren", muß die Kosten senken, um produzieren zu können. Gelingt das nicht, führen kräftige Lohnsteigerungen zu einem *circulus vitiosus* aus Kostensteigerung, Produktionsverminderung und erneuter Kostensteigerung. Hier ist eine weitere massive Subventionierung programmiert, falls die Branche erhalten werden soll. Ähnliches gilt auch für andere Industriezweige, wie für die Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten oder für das Textilgewerbe.

In diesem Jahr wird sich die Konstellation bei Löhnen, Produktivität und Kosten nicht durchgreifend ändern, und damit wird sich der Rückgang der Zahl der Beschäftigten fortsetzen. Die Zunahme der Löhne ist in weiten Bereichen durch Stufenregelungen zur Anpassung an das westdeutsche Niveau festgelegt: Die meisten dieser Regelungen treten zum 1. April in Kraft. Auf das westdeutsche Niveau des Jahres 1991 bezogen bringen die Regelungen Lohnsteigerungen je Arbeitsstunde von mehr als 20 vH. Da die Anpassung häufig an das jeweils gültige westdeutsche Niveau vorgenommen wird, führt jede Lohnsteigerung in Westdeutschland zu einem noch rascheren Lohnanstieg in Ostdeutschland. Mit den jetzt anstehenden Tariflohnerhöhungen in Westdeutschland verschlechtert sich die Wettbewerbsposition der ostdeutschen Unternehmen also zusätzlich, wenn es nicht gelingt, auch die davon ausgehenden Kostenerhöhungen auszugleichen.

Erhebliche Kostensenkungen sind auf jeden Fall erforderlich, wollen ostdeutsche Unternehmen auf den Märkten bestehen. Kostensenkung bedeutet dabei nicht nur, die Möglichkeit für Preissenkungen zu eröffnen. Was vielfach nicht verstanden wird: Auch die Verbesserung der Qualität der Produkte, die Erneuerung der Produktionsverfahren oder die Intensivierung der Marketing- und Vertriebsansurengungen kosten Geld, das im Produktionsprozeß verdient werden muß bzw. von Kapitalgebern nur zu bekommen ist, wenn begründete Gewinnerwartungen bestehen. Solche Erwartungen werden sich nicht bilden, wenn die Mehrzahl der Unternehmen und der Kapitalgeber nicht die Erfahrung macht, daß auf offenen Märkten auch in Ostdeutschland Gewinne zu erzielen sind.

Der Neuaufbau der ostdeutschen Wirtschaft muß sich an künftigen Standortbedingungen orientieren. Es gilt, eine Produktionsstruktur zu schaffen, die im Jahre 2000 und danach noch international wettbewerbsfähig ist. Vor allem in der Industrie ist diese Aufgabe schwer. Vielfach wird es unmöglich sein, für die Unternehmen, die im Besitz der Treuhandanstalt sind, einen Käufer zu finden,

der sie mit der bisherigen Produktion auf einen Erfolgskurs führen kann. Auch ist kaum vorstellbar, daß es der Treuhandanstalt gelingen wird, sie für den Wettbewerb fitzumachen. Das gilt vor allem für Unternehmen, die sich mit ihrer Produktion im Wettbewerb mit Unternehmen aus Niedriglohnländern befinden. Inzwischen zieht es immer mehr westdeutsche Unternehmen, die eine "verlängerte Werkbank" im Osten suchen, wegen der großen Lohnkostenunterschiede nach Böhmen oder Schlesien statt nach Sachsen oder Thüringen.

Unternehmen, die dennoch den Schritt nach Ostdeutschland wagen wollen, stehen vor der schwierigen Entscheidung, Fertigungen zu finden, die auch in einem Jahrzehnt dort noch Standortvorteile haben. Das sind zeitraubende Prozesse, die verständlich machen, warum die Investitionen in den neuen Bundesländern noch nicht so stark angesprungen sind, wie es für das Entstehen einer großen Zahl von Arbeitsplätzen notwendig wäre und von vielen erhofft wird. Aber auch in Westdeutschland sind derartige Investitionen in völlig neue Fertigungen gewöhnlich das Ergebnis langwieriger Überlegungen.

2. Zur Bedeutung der Hermes-Bürgschaften für die ostdeutsche Industrie

Die Entwicklung der ostdeutschen Industrie wäre viel ungünstiger gewesen, wenn nicht Ausfuhren in die ehemaligen Ostblockstaaten durch Hermes-Bürgschaften gedeckt worden wären. Die Hermes-Kreditversicherungs-AG hat 1991 für einen Auftragswert in Höhe von insgesamt 9,7 Mrd. DM gebürgt, etwa vier Fünftel der Summe haben Treuhandunternehmen beansprucht. Nahezu das gesamte Bürgschaftsvolumen wurde für Lieferungen in die GUS gewährt. Die Bürgschaften verteilen sich auf wenige Gütergruppen. Ein Drittel entfallen auf Maschinenbauprodukte, knapp ein Fünftel auf Erzeugnisse der Chemieindustrie und jeweils etwa ein Sechstel auf Nahrungsmittel - vor allem Fleisch, Milchpulver, Kindernahrung und Zucker - und Lieferungen des Stahl- und Schienenfahrzeugbaus; hier waren es fast ausschließlich Eisenbahnwaggons.

Nimmt man die Umsätze aus dem letzten Jahr zum Maßstab, dann summierten sich die Hermes-verbürgten Aufträge beim Maschinenbau und beim Stahl- und Schienenfahrzeugbau auf je drei und bei der chemischen Industrie auf zwei Monatsproduktionen; beim Nahrungs- und Genußmittel produzierenden Gewerbe war es die Produktion eines Monats.

Seit Jahresbeginn gelten wegen der unübersichtlichen politischen und wirtschaftlichen Lage in der ehemaligen Sowjetunion für Hermes-Bürgschaften neue Bedingungen. Sie werden nur für Lieferungen in diejenigen Nachfolgestaaten gewährt, die bereit sind, sich an den Altschulden zu beteiligen. Georgien, Aserbaidshan, Usbekistan und die Ukraine waren hierzu bisher nicht bereit. Auch sollen künftig nur noch Bürgschaften für Geschäfte mit einem Auftragswert von höchstens 100 Mill. DM bewilligt werden. Zudem wird zunächst der gesamte Bürgschaftsrahmen für Geschäfte mit Zahlungsfristen von mehr als einem Jahr auf 5 Mrd. DM begrenzt. Schließlich sollen nur noch solche Lieferungen gefördert werden,

die die wirtschaftliche Leistungskraft der GUS-Staaten stärken oder die helfen, die Wettbewerbsfähigkeit der exportierenden ostdeutschen Unternehmen zu verbessern.

Die Konsequenzen dieser Neuerungen können an der Struktur der bis Ende Oktober letzten Jahres Hermes-verbürgten Lieferungen ostdeutscher Industrieunternehmen gezeigt werden (Tabelle 10). Stark ins Gewicht fällt die Begrenzung der Bürgschaften auf Lieferverträge von höchstens 100 Mill. DM. Im zurückliegenden Jahr entfiel fast die Hälfte des verbürgten Exportvolumens auf Aufträge, die diese Grenzen überschritten; ohne Nahrungsmittellieferungen errechnet sich ein Anteil von reichlich 40 vH. Bei Schienenfahrzeugen beruhten fast alle Lieferungen auf Großaufträgen, bei chemischen Produkten waren es 50 vH des gesamten Auftragswertes und bei Maschinen 30 vH.

Welche Folgen die Regelung hat, daß nur für Lieferungen in diejenigen GUS-Staaten gebürgt wird, die bereit sind, die Altschulden der Sowjetunion zu übernehmen, läßt sich schwer abschätzen. Die bisherige Weigerung der Ukraine dürfte sich beispielsweise auf den ostdeutschen Schwermaschinenbau negativ auswirken.

Tabelle 10 - Exporte aus Ostdeutschland mit Bürgschaften der Hermes-Kreditversicherungs-AG bis Oktober 1991 a)

Güter ...	Auftragswert (in Mill. DM)	davon (in vH) wurde eine Kreditlaufzeit eingeräumt von ...					Struktur der Lieferungen
		360 Tagen (Barzahlung)	2 Jahren	3 bis 5 Jahren	6 bis 9 Jahren	10 Jahren	
der chemischen Industrie	1 581	2,0	98,0	0	0	0	18,7
des Stahlbaus, Schienenfahrzeugbaus	1 383	0	0	0	1,0	99,0	16,3
des Maschinenbaus	2 834	5,5	2,4	10,7	15,0	66,3	33,4
des Straßenfahrzeugbaus	288	1,0	0	16,8	10,7	72,5	3,4
der elektrotechnischen Industrie	342	24,5	22,7	17,6	34,2	0	4,0
der Textilindustrie	200	6,0	94,0	0	0	0	2,4
des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1 332	52,1	47,9	0	0	0	15,7
anderer Wirtschaftszweige b)	517	10,8	86,6	0	2,7	0	6,1
Insgesamt	8 477	12,4	34,8	5,0	7,1	40,8	100,0

a) Anträge auf Ausführungsgewährleistungen, die bis zum 25.10.1991 endgültig angenommen waren.- b) Darin enthalten sind Lieferungen in Höhe von 80 Mill. DM für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Dienstleistungen, die übrigen sind Industrieprodukte.

Quelle: Hermes-Kreditversicherungs-AG; Berechnungen des DIW.

Im letzten Jahr wurden beim allergrößten Teil der verbürgten Exporte Rückzahlungszeiten von mehr als einem Jahr vereinbart. Die Begrenzung des Bürgschaftsrahmens für längerfristige Kredite auf zunächst nur 5 Mrd. DM wird zu einer starken Konkurrenz ostdeutscher Unternehmen um Hermes-Bürgschaften führen. Die Hermes-Kreditversicherungs-AG hat inzwischen den ostdeutschen Unternehmen für ein Liefervolumen von 12 Mrd. DM Grundsatzzusagen für Hermes-Kredite erteilt, über weitere Bürgschaftsnachfragen ostdeutscher Unternehmen von sage und schreibe 60 Mrd. DM ist überhaupt noch nicht entschieden worden. Alles in allem belaufen sich die Bürgschaftsanträge auf eine Jahresproduktion der ostdeutschen Industrie. Wohl in Erwartung eines enger werdenden Bürgschaftsrahmens wurden vermehrt Anträge gestellt. Verstärkt wird der Wettbewerb um Ausfuhr-

gewährleistungen durch westdeutsche Unternehmen, denen inzwischen Bürgschaften in Höhe von 8 Mrd. DM grundsätzlich zugesagt worden sind. Die Neuregelung der Vergabekriterien wird auf jeden Fall dazu führen, daß nicht mehr - wie noch 1991 - Waren wie Zierporzellan, Papierwaren (darunter Dekorpapier), Haarbehandlungsmittel oder Reißverschlüsse (30 Mill. Meter) in die GUS geliefert werden.

Das immens hohe Volumen an beantragten Ausfuhrleistungsgewährleistungen spiegelt die eklatante Wettbewerbsschwäche großer Teile der ostdeutschen Industrie wider. Weil die Unternehmen nicht auf den Märkten im Inland oder im westlichen Ausland Fuß fassen, konzentrieren sie sich weiterhin auf die angestammten Märkte in der GUS. Bei vielen Unternehmen ist dies der Stützpfeiler ihres Sanierungskonzeptes. Die Befragung des DIW im Sommer letzten Jahres unter ostdeutschen Industrieunternehmen hat ergeben, daß besonders Unternehmen des Maschinenbaus, des Stahl- und Schienenfahrzeugbaus und der Chemieindustrie auf eine Ausweitung des Osthandels setzen; auch in der Lederverarbeitung, in der feinmechanischen und optischen Industrie sowie in der elektrotechnischen Industrie ist das häufig der Fall. Es sind vor allem Großunternehmen, die der Ausfuhr in die GUS Bedeutung beimessen.

Die Politik befindet sich in einem Dilemma. Einerseits läuft sie wegen der unsicheren wirtschaftlichen Perspektive der GUS Gefahr, daß in großem Umfang Bürgschaften fällig werden. Auf der anderen Seite würden starke Einschränkungen bei der Bürgschaftsvergabe dazu führen, daß viele Treuhandunternehmen nicht überleben.

Das Produktprogramm vieler ostdeutscher Unternehmen war bisher auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der GUS-Staaten zugeschnitten. Noch werden Güter benötigt, die dem technischen Niveau dort gerecht werden. Dabei handelt es sich beispielsweise um Ersatzteile für früher gelieferte Ausrüstungen, um Maschinen, auf die die Arbeitskräfte dort geschult sind und Investitionsgüter, die auch unter schwierigen klimatischen Verhältnissen einsatzfähig sind.

Eine Dauerlösung können Hermes-Bürgschaften schon deshalb nicht sein, weil über kurz oder lang auch andere westliche Anbieter auf den GUS-Markt drängen und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion mehr und mehr moderne westliche Technik nachfragen werden. Sie sollten daher nur eine befristete Anpassungshilfe sein, damit die Betriebe die Zeit nutzen können, ihre Produktionsanlagen zu erneuern und marktfähige Produkte zu entwickeln. Andernfalls wären die Bürgschaften nichts anderes als staatlich finanzierte Beschäftigungsmaßnahmen, mit denen lediglich bestehende Strukturen konserviert würden.

3. Ausgewählte Branchen

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle hat die Situation und Perspektive der ostdeutschen Industriezweige "Gewinnung und Herstellung von Steinen und Erden" und "Maschinenbau" eingehender untersucht.

Gewinnung und Herstellung von Steinen und Erden

Der Anpassungsprozeß ist in diesem Industriezweig schon vergleichsweise weit vorangekommen. So steht die Branche bei der Privatisierung hinter dem Fahrzeugbau an der Spitze der Industrie. In den einzelnen Segmenten ist das Ausmaß der Privatisierung allerdings unterschiedlich. Vier der fünf Zementunternehmen sind vollständig verkauft, bei einem hält die Treuhandanstalt noch eine Minderheitsbeteiligung. Hier haben sich auch ausländische Konzerne engagiert. Relativ weit fortgeschritten ist auch die Privatisierung von Kaolinbetrieben und Natursteinbrüchen. Wenige Käufer gab es indes für die Kalksandsteinfabriken und die Ziegeleien. Häufig ist zu beobachten, daß westdeutsche und ausländische Unternehmen im Interesse einer schnellen Produktionsaufnahme neue Betriebsstätten errichten. Sie wollen eine lang dauernde Klärung von Eigentumsverhältnissen und Probleme bei der Übernahme von überflüssigem Personal vermeiden.

Nach Aussage von Treuhand-Vertretern liegen in dem Industriezweig "Steine und Erden" auch Reprivatisierung und Management-Buy-Out über dem Industriedurchschnitt, weil es in der Branche viele kleine Betriebe gibt, die bis 1972 in privater Hand waren. Sie wurden dann volkseigenen Betrieben angegliedert, konnten aber weiterhin relativ eigenständig produzieren. Dabei handelt es sich vornehmlich um Sand- und Kiesgruben sowie um Steinbrüche.

Die wichtigsten Motive für den Erwerb sind

- die rasche Zunahme der Bauproduktion in Ostdeutschland;
- die große Bedeutung von Transportkosten bei Baustoffen und Fertigteilen. Hinzu kommt, daß es häufig einer schnellen Anlieferung zu den Kunden bedarf;
- die Sicherung von Lagerstätten. Nicht nur westliche Baustoffunternehmen, sondern auch Baufirmen haben Rohstofflagerstätten erworben. Gelegentlich wurden auch Lagerstätten gekauft, um die dort gewonnenen Rohstoffe (wie Kaolin, Gips) in westdeutschen Betriebsstätten (Porzellanmanufakturen, Fabriken für Gipsbauplatten) zu verarbeiten.

Die Privatisierung geht häufig mit einer Veränderung der Produktpalette und mit der Erschließung neuer Marktfelder einher. So wurde ein Werk zur Herstellung feuerfester Grobkeramik auf die Produktion von Betonzeugnissen für Straßen, Wege und Plätze umgestellt. Die Produktion eines großen Zementunternehmens soll durch 80 in der Region verteilte Transportbetonwerke ergänzt werden. Ein Werk zur Herstellung von Mauerziegeln wird auf die Produktion von Fertigschornsteinen umgestellt. Wegen der Renaissance von Tondachziegeln modernisierte ein westdeutsches Unternehmen ein Klinkerwerk, stellte es auf die Produktion von Dachziegeln um und baute wegen der nahen Tonlagerstätte unweit des übernommenen ein neues Werk.

Die Lage der Unternehmen im Besitz der Treuhandanstalt ist schwierig. Die Anlagen sind durchweg veraltet und die Mittel für Investitionen fehlen. Nach Befragung des IWH haben die Betriebe der Treuhandanstalt im Jahr 1991 im Durchschnitt ca. 4 Mill. DM investiert. Probleme bereiten den nicht-privatisierten Betrieben auch der noch zu hohe Personalstand und die schnell steigenden Löhne.

Viele Unternehmen klagen über große Schwierigkeiten beim Vertrieb, insbesondere weil sie nicht in das Sortiment des Baustoffhandels aufgenommen werden. In den Treuhandunternehmen ist die Anpassung an die Marktwirtschaft kaum vorangekommen. Neben der Erneuerung der Anlagen bedarf es der Qualifizierung der Arbeitskräfte; kaum ein Unternehmen widmet jedoch der Aus- und Weiterbildung seiner Beschäftigten Aufmerksamkeit.

Die Struktur des Industriezweiges "Steine und Erden" wird sich in Zukunft deutlich verändern. Der wichtigste Grund sind Verschiebungen in der Bauproduktion. So werden für den Tiefbau benötigte Erzeugnisse überdurchschnittlich expandieren, und im Hochbau werden Mauersteine und Ziegel vermehrt eingesetzt - zu Lasten von Fertigteilen, insbesondere solchen aus Beton. Die Bedeutung von Transportbeton wird generell zunehmen.

Maschinenbau

Gemessen an Umsatz und Beschäftigung ist der Maschinenbau auch in Ostdeutschland der bedeutendste Industriezweig. Ende 1991 war hier ein Fünftel der Industriebeschäftigten tätig, und es wurden 15 vH des Industrieumsatzes erlöst. Im Jahre 1990 hatte der Maschinenbau von der Transferrubel-Regelung noch kräftig profitiert, die Exporte waren sogar höher als im Jahr zuvor. Seit Anfang 1991 wird der Handel mit diesen Ländern in konvertiblen Währungen abgewickelt, so daß sich für die ostdeutschen Unternehmen die Exportbedingungen schlagartig verschlechterten. Im Maschinenbau sank das Umsatzvolumen binnen kurzem um zwei Drittel und stagniert seitdem. Infolge von Rationalisierungsschutz und Kurzarbeit ging die Beschäftigung indes nur um ein Drittel zurück. Der Anpassungsdruck ist auch dadurch größer geworden, daß sich die Nachfrage auf den westlichen Märkten konjunkturbedingt abgeschwächt hat.

Die Entflechtung der ehemaligen Maschinenbau-Kombinate begann mit der Umwandlung von Unternehmen in Kapitalgesellschaften und setzte sich mit der Aufspaltung und Ausgründung von Sparten bzw. Geschäftsfeldern fort; der Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Ziel der Entflechtung sind Unternehmenseinheiten mit überschaubarem, eigenständigem Produktionsprofil. Westliche Maschinenbauunternehmen, die als Investoren in Frage kommen, sind überwiegend mittelständisch strukturiert. Ihr Hauptinteresse ist auf die Übernahme wirtschaftlich überschaubarer Betriebe mit klar umrissenem Produktionsprofil gerichtet, die Voraussetzungen für eine Einpassung in vorhandene Unternehmensstrukturen sind dann günstiger. Insofern stellt das geringe Tempo der Entflechtung ein wichtiges Privatisierungshemmnis dar. Allerdings gibt es auch produktionstechnisch bedingte Grenzen für eine Entflechtung. Bisher wurde erst ein Fünftel der ostdeutschen Maschinenbauunternehmen privatisiert.

Unternehmensbefragungen sowie Fallstudien des DIW und des IWH zu den Anpassungsproblemen ostdeutscher Maschinenbauunternehmen zeigen, daß der Prozeß der Umstrukturierung und Anpassung an die Marktbedingungen noch längst nicht abgeschlossen ist. Die Unternehmen, die sich noch im Besitz der Treuhandanstalt befinden, sehen sich in ihrem Bemühen, wettbewerbsfähig zu werden, vor allem

dadurch behindert, daß ihnen Finanzierungsmittel für die rasche Modernisierung des Produktionsapparates fehlen und der Vertrieb noch immer mit Mängeln behaftet ist. Für drei Viertel der Unternehmen sind diese Probleme von "großer Bedeutung". Nur ein Fünftel der Unternehmen hält die Qualität ihrer Produkte für "nicht ausreichend". Die Mehrzahl der Unternehmen klagt über einen zu hohen Personalstand. Gleichwohl versuchen die ostdeutschen Maschinenbauer mehr zu investieren, Innovationsdefizite abzubauen und ihr Produktionsprogramm den Marktbedingungen anzupassen. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit sind

- Maschinen und Ausrüstungen für die Überwindung von Schwachstellen der Produktion, insbesondere zur Sicherung der Anforderungen an die Funktionalität und Qualität der Produkte (z.B. Maschinen für moderne Fertigungsverfahren. Hochleistungswerkzeuge, Meß- und Prüftechnik),
- Datenverarbeitungs- und Kommunikationstechnik für eine moderne Betriebsorganisation und für Forschung und Entwicklung,
- Fahrzeuge zur Erhöhung der Mobilität für Einkauf, Versand und Service,
- Ausrüstungen zum rationelleren Energieeinsatz, vor allem zur Umstellung von Kohle auf Gas oder Öl,
- Altlastenbeseitigung und
- Ausrüstungen zum Umweltschutz.

Gemessen an den Erfordernissen reichen die getätigten Investitionen aber bei weitem nicht aus.

Zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit wurde eine Vielzahl von Erzeugnissen aus den Produktionsprogrammen herausgenommen, weiterentwickelte und neue Erzeugnisse wurden eingeführt. Von den befragten Unternehmen im Maschinenbau haben

- 84 vH alte Produkte aufgegeben,
- 62 vH neue Produkte (z.T. auf der Basis von Lizenznahmen, z.T. Eigenentwicklungen) in die Produktion eingeführt und
- 22 vH weiterentwickelte Produkte in die Produktion überführt.

Dieser Erneuerungsprozeß ist aber noch lange nicht abgeschlossen, denn zu viele Erzeugnisse erreichen bisher nicht internationalen Standard. Insbesondere der Anteil von Spitzenerzeugnissen ist zu gering. Vieles deutet darauf hin, daß die Unternehmen bestrebt sind, sich auf "Wachstumsmärkten" zu etablieren. Von den befragten Unternehmen wollen

- 31 vH Erzeugnisse der Umwelttechnik,
- 22 vH Transportanlagen und Fördertechnik,
- 20 vH Maschinen für die Nahrungsmittelproduktion,
- 18 vH Baumaschinen und
- 6 vH Maschinen für Kunststoffverarbeitung

in ihr Programm aufnehmen. Befragt nach den Maßnahmen zum Abbau des Innovationsdefizits gaben die Unternehmen folgende Antworten:

Eigene Forschung und Entwicklung	86 vH
Inanspruchnahme externer Forschungsleistungen	55 vH
Lizenznahmen	52 vH
Kooperationen	83 vH
Technologietransfer	52 vH

Dieses Ergebnis überrascht zunächst, denn die Unternehmen des Maschinenbaus haben die eigenen Forschungskapazitäten stark reduziert.¹⁾ Neben den eigenen Forschungskapazitäten setzen die Unternehmen verstärkt auf externe Forschungsleistungen sowie auf Kooperationen. Drei Viertel der befragten Unternehmen kooperieren bereits mit Unternehmen aus den alten Bundesländern, aber auch aus dem Ausland. Folgende Formen der Kooperation wurden von den Unternehmen genannt:

Auftragsproduktion/Lohnaufträge	43 vH
Forschungskooperation, einschließlich ingenieur-technischer Zusammenarbeit	22 vH
Vertriebskooperation	22 vH
Fertigungskooperation	17 vH
Baugruppenkooperation	17 vH
Joint Venture	9 vH
Kooperation auf der Basis von Kapitalbeteiligung	8 vH

Mehr als die Hälfte der Unternehmen hat Lizenzen erworben, überwiegend für Produkte. Die Modernisierung der Fertigung erfolgte vor allem durch den Kauf neuer Ausrüstungen.

III. Bauwirtschaft

Im Verlauf des Jahres 1991 hat die Bauwirtschaft - allerdings von extrem niedrigem Niveau ausgehend - eine lebhafte Aufwärtsentwicklung genommen (Tabelle 11). Die Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe waren im vierten Quartal 1991 fast doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor. Am stärksten expandierte die öffentliche Nachfrage, und auch die Aktivitäten im Wirtschaftsbau waren eindeutig nach oben gerichtet; der Wohnungsbau indes stagnierte. Im Ausbaugewerbe war der Nachfrageschub noch ausgeprägter als im Bauhauptgewerbe. Allerdings hat sich nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Produktion im Baugewerbe im Jahresverlauf kaum erhöht. Saisonfaktoren können dabei jedoch noch nicht berücksichtigt werden.

Bezogen auf die Zahl der Einwohner hat die Nachfrage im Baugewerbe noch nicht westdeutsches Niveau erreicht. Die Auftragseingänge in Ostdeutschland lagen zuletzt um ein Fünftel unter denen im Westen, und beim baugewerblichen Umsatz betrug der Abstand ein Viertel. Selbst wenn das westdeutsche Niveau erreicht worden wäre, könnte man nicht von einer ausreichenden Bautätigkeit sprechen. Der

1) Vgl.: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Dritter Bericht.

Baubedarf in Ostdeutschland ist so gewaltig, daß über Jahre - relativ gesehen - ein sehr viel höheres Bauvolumen als in Westdeutschland erforderlich ist. Schätzungen zufolge müssen in den nächsten Jahren Bauleistungen von jährlich 100 Mrd. DM und mehr veranschlagt werden, soll das Nachfragepotential auch nur annähernd befriedigt werden; 1991 sind erst knapp 40 Mrd. DM in Baumaßnahmen geflossen. Bedarf besteht in allen Bereichen: Sanierungen im Wohnungs- und Städtebau, ebenso bei Industrie- und Gewerbegebäuden, Errichtung neuer Wohnungen und Wirtschaftsbauten, Modernisierung und Erweiterung des gesamten Verkehrsnetzes, der Telekommunikation aber auch der Abwasserkanalisation und des Wasserleitungsnetzes sind die wichtigsten Stichworte.

Tabelle 11 - Indikatoren zur Bautätigkeit in Ostdeutschland 1991 a)

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Auftragseingang insgesamt, Mill. DM	893	791	1 116	1 246	1 382	1 745	1 831	1 915	2 163	2 067	1 796	1 722
Wohnungsbau	203	193	239	217	204	305	263	274	260	249	262	.
Wirtschaftsbau	402	329	499	523	584	660	698	665	800	843	674	.
Öffentlicher Bau	288	270	378	506	593	781	870	976	1 103	975	860	.
Baugewerblicher Umsatz, Mill. DM	981	918	1 224	1 571	1 613	1 729	1 816	1 780	1 928	2 287	2 399	2 940
Wohnungsbau	243	278	318	377	386	368	400	364	374	423	360	.
Wirtschaftsbau	453	406	514	645	617	678	708	637	683	800	800	.
Öffentlicher Bau	285	233	392	549	611	682	708	779	872	1 065	1 238	.
Geleistete Arbeitsstunden, in 1000	25 512	18 415	25 647	27 967	26 810	26 627	28 732	27 229	29 100	31 620	30 477	.
Wohnungsbau	5 540	3 921	5 233	5 771	5 457	5 495	5 558	4 770	5 012	5 299	4 881	.
Wirtschaftsbau	12 025	9 210	11 905	12 533	12 034	11 845	12 642	11 699	12 394	13 281	12 604	.
Öffentlicher Bau	7 947	5 284	8 509	9 663	9 319	9 287	10 532	10 760	11 694	13 040	12 992	.
Beschäftigte, in 1000	280,9	289,8	292,5	285,2	283,3	279,8	272,8	271,6	275,6	283,0	280,0	.
Nichtgewerbliche Arbeitnehmer b)	52,2	54,0	54,4	52,4	51,7	50,6	48,6	47,8	47,2	47,4	46,5	.
Facharbeiter	172,0	181,2	183,3	178,5	178,2	175,4	173,6	173,3	173,8	179,0	177,4	.
Fachwerker und Werker	34,4	31,3	31,3	31,2	30,7	31,6	30,7	30,0	30,3	31,8	31,5	.
Gewerbliche Auszubildende	22,3	23,4	23,4	23,0	22,8	22,3	19,9	20,4	24,3	24,7	24,6	.
Zahl der Betriebe	1 682	1 780	1 851	1 855	1 863	1 924	1 943	1 952	1 983	2 245	2 274	.

a) Bauhauptgewerbe, Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.- b) Tätige Inhaber und Mitarbeiter und technische Angestellte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Der Aufschwung in der ostdeutschen Bauwirtschaft hat sich nicht in einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten niedergeschlagen - im Gegenteil. In den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten waren Ende 1991 etwa 10 000 Personen weniger beschäftigt als im ersten Vierteljahr. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist dagegen im Jahresverlauf kontinuierlich gestiegen, von 25,5 auf 30,5 Mill. Stunden. Kräftig zu nahm auch der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten.¹⁾ Obwohl er sich von 3600 DM auf 7900 DM pro Monat verdoppelte, lag er noch fast um die Hälfte unter westdeutschem Niveau.

Die aktuelle Entwicklung läßt den Schluß zu, daß sich die positive Nachfragetendenz in der ostdeutschen Bauwirtschaft in diesem Jahr fortsetzen wird. Dies gilt vor allem für den öffentlichen Bau,

1) Diese Relation ist nur ein grober Hilfsindikator, denn der Umsatz ist eine nominale Größe und enthält auch die Leistungen der Vorlieferer.

nachdem durch die politischen Entscheidungen von Februar 1992 die Weichen dafür gestellt worden sind, daß mehr staatliche Mittel als ursprünglich geplant zum Auf- und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur nach Ostdeutschland fließen werden. Auch die ostdeutschen Bauunternehmen hegen positive Erwartungen. Nach einer Umfrage des "Verbandes der Vereine Creditreform e.V.²¹⁾ geht weit mehr als die Hälfte der ostdeutschen Bauunternehmen für das erste Halbjahr 1992 von steigenden Umsätzen aus, nur 5 vH der Firmen erwartet Umsatzeinbußen. Ähnliche Einschätzungen bestehen hinsichtlich der Ertragslage. Weniger als ein Zehntel der Unternehmen will seinen Personalstand verkleinern, über ein Drittel indes aufstocken. Fast 85 vH der Betriebe wollen 1992 Investitionen vornehmen, an erster Stelle stehen Erweiterungen, aber auch Rationalisierungsmaßnahmen haben einen hohen Stellenwert.

Nach wie vor ist es nicht möglich, anhand des verfügbaren Datenmaterials ein umfassendes Bild des Anpassungsprozesses in der Bauwirtschaft Ostdeutschlands zu zeichnen. Deshalb wurden Fallstudien von Bau- und Baustoffbetrieben durchgeführt. Befragt wurden 20 Unternehmen im Raum Dresden, von denen drei Viertel bereits privatisiert waren. Jeweils die Hälfte wurden von westdeutschen Unternehmen bzw. früheren Eigentümern und von Belegschaften bzw. Geschäftsführungen übernommen. Die übrigen Betriebe stehen kurz vor ihrer Privatisierung. Die befragten Unternehmen beschäftigten zuletzt über 3 500 Personen und erzielten einen Jahresumsatz von 400 Mill. DM. Aufträge und Umsätze entwickelten sich wie in der gesamten ostdeutschen Bauwirtschaft positiv; die Zahl der Beschäftigten wurde 1991 um ein Viertel reduziert.

Alle befragten Unternehmen haben Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeleitet. Drei Viertel der Betriebe erweiterten ihre Leistungspalette, d.h., sie gaben ihre strenge Spezialisierung auf und agieren nun gleichzeitig in mehreren Bausparten. Ein Siebtel der Betriebe straffte das Angebot und gliederte bestimmte Funktionen, insbesondere Tätigkeiten des Ausbaugewerbes, aus. Die Hälfte der Firmen führte umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen durch; in allen Fällen wurde Personal entlassen und vielfach auch die Arbeitsorganisation verbessert. Immerhin gibt ein Drittel der Firmen an, daß kein zusätzlicher Investitionsaufwand für die Sanierung erforderlich ist. Die Mehrzahl der Betriebe klagt über veraltete Baumaschinen; die Anschaffung neuer Technik übersteige aber vielfach die finanziellen Möglichkeiten. Zwei Drittel der Unternehmen berichten, daß sie gegenwärtig keine großen Schwierigkeiten im Wettbewerb haben, und alle glauben, daß sie künftig am Markt bestehen können. Dennoch werden eine Reihe von Problemen genannt:

- Die meisten Unternehmen klagen darüber, daß Löhne und Gehälter zu schnell steigen. Vor allem von den größeren Firmen wird der gegenwärtige Personalstand noch als zu hoch angesehen. Zwei Drittel der Betriebe schätzen das Qualifikationsniveau ihrer Beschäftigten als nicht ausreichend ein.
- Als notwendig erachtet wird eine Beschleunigung der Planungs- und Bestätigungsverfahren mit allen damit zusammenhängenden Fragen wie Eigentumsfeststellung für Baugrundstücke oder ein

1) Verband der Vereine Creditreform e.V. Neuss: Wirtschaftslage Bau-Winter 1991/92 - in den alten und neuen Ländern, Neuss 1992.

geringerer Aufwand für Angebote. Überraschend ist, daß sich nur ein Unternehmen auf die Frage, wie sich der Erlaß des Bundesbauministeriums vom Juni 1991 zu Erleichterungen für Vergabeverfahren bei öffentlichen Bauinvestitionen in den neuen Bundesländern ausgewirkt habe, positiv äußert.

Weitere Probleme sind:

- Durchsetzung des Wettbewerbs nach der VOB, um die einseitige Bevorteilung von Großbetrieben zu verhindern. Mehrere Unternehmen berichten, daß öffentliche Auftraggeber, vor allem Wohnungsbaugesellschaften, sich offensichtlich nicht an ihre Verpflichtung zur öffentlichen Ausschreibung halten;
- bessere Baustellenvorbereitung und -organisation;
- Weiterqualifizierung der Beschäftigten;
- Beschleunigung der Vergabe von Investitionskrediten und -zuschüssen für die Anschaffung von Ausrüstungen.

Im vierten Bericht¹⁾ war exemplarisch der Entflechtungsprozeß des ehemaligen VEB Metalleichtbaukombinats skizziert worden. Ein Teil dieses Großkombinats wurde in die Holding "Mitteldeutsche Industrieanlagen- und Stahlbau GmbH" mit 10 selbständigen Firmen umgewandelt. Ihre Entwicklung wurde weiter verfolgt.

Ende 1991 zählte das Unternehmen 2 750 Beschäftigte, über 40 vH weniger als ein Jahr zuvor. 15 vH der Arbeitskräfte waren in Kurzarbeit. Die Holding erwirtschaftete 1991 einen Umsatz von fast 200 Mill. DM, davon wurden zwei Drittel in der zweiten Jahreshälfte realisiert. Das Hauptleistungsangebot der Gesellschaft liegt in der Planung, Konstruktion, Herstellung, Lieferung und Errichtung von Stahl- und Aluminiumkonstruktionen für Industrieanlagen, öffentliche Gebäude, Brücken sowie Anlagen im Wasserbau und in der Elektrizitätsversorgung. Zusätzliche Leistungen wurden ins Angebot aufgenommen, Unternehmensteile ausgegliedert, umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, neue Ausrüstungen angeschafft, und die betriebliche Kostenrechnung wurde vollständig reorganisiert. Trotzdem hat das Unternehmen noch Schwierigkeiten im Wettbewerb. Die Ursachen hierfür werden im hohen Personalbestand sowie im Fehlen von Finanzierungsmitteln für Investitionen gesehen. Weitere Gründe sind überalterte Maschinen, der Anstieg der Löhne, die ungenügende Qualifikation der Beschäftigten sowie die Abwanderung von qualifizierten Mitarbeitern. Überzeugt ist man dagegen von der Qualität der Leistungen. Vordringliche Maßnahmen sind nach Auffassung der Unternehmensleitung die Entschuldung von Altkrediten und die Sicherung einer branchenüblichen Eigenkapitalausstattung. Die von der Treuhandanstalt verbürgten Kredite haben 1991 gerade ausgereicht, um den Fortbestand des Unternehmens zu sichern. Das Unternehmen glaubt zukünftig im Wettbewerb bestehen zu können, benötigt nach eigener Einschätzung aber eine Sanierungszeit von einem Jahr. Der

1) Vgl.: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Vierter Bericht.

Investitionsbedarf für die Sanierung wird auf etwa 20 Mill. DM geschätzt. Nach Abschluß der Sanierung wird mit einer Beschäftigtenzahl von 2 000 Personen gerechnet.

IV. Dienstleistungssektor

1. Aktuelle Lage

Überblick

Im Dienstleistungssektor ist die Umstellung auf die Marktwirtschaft deutlich weiter vorangeschritten als im Produzierenden Gewerbe. Es hat sich inzwischen eine breit gefächerte Unternehmenslandschaft mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen herausgebildet - teils durch *Entflechtung* und *Privatisierung* alter Unternehmen, teils - und mehr sogar noch - durch Neugründungen. Nach den Ergebnissen der Berufstätigenzählung gab es Ende 1990 rund 115 000 Selbständige in Dienstleistungsunternehmen und den Freien Berufen¹⁾, darunter je rund 50 000 im Handel und in den Sonstigen Dienstleistungsunternehmen, sowie 15 000 im Verkehrsgewerbe (Tabelle 12). Mittlerweile dürfte diese Zahl auf reichlich 200 000 gestiegen sein. Zum Vergleich: In der ehemaligen DDR existierten gerade 40 000 Privatbetriebe im Dienstleistungssektor. Auch wenn viele Um- und Neugründer wirtschaftlich zu kämpfen haben - oftmals müssen sie ihre Nische erst finden -, sind sie insgesamt doch schon zu einer Stütze für die ostdeutsche Wirtschaft geworden. Der Dienstleistungssektor trug im letzten Jahr rund zwei Fünftel zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei - mehr als die Unternehmen und Betriebe in der Landwirtschaft, in der Energiewirtschaft, im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft zusammen (Tabelle 13 und 14).

Dienstleistungsunternehmen produzieren überwiegend für lokale Märkte. Sie sind daher, anders als Unternehmen im Bereich der Warenproduktion, denen grundsätzlich auch internationale Märkte offenstehen, in erster Linie von den Aufträgen heimischer Kunden abhängig. Mit dem Zusammenbruch der alten Strukturen ging ein großer Teil der bisherigen Auftraggeber verloren, ohne daß es möglich war, hierfür auf den heimischen Märkten sofort einen Ausgleich zu finden. Denn nicht nur Unternehmen, auch Private Haushalte, schränkten ihre Nachfrage nach Dienstleistungen zunächst merklich ein.

Das hat sich inzwischen geändert: Die Entwicklung von Nachfrage und Produktion zeigt in manchen Bereichen schon seit einiger Zeit erkennbar nach oben, und in anderen Bereichen, wo sie vordem abwärts gerichtet war, hat sie sich gefangen. Dies ist teils den Fortschritten beim Aufbau eines marktgängigen Angebots, teils den hohen Finanztransfers zuzuschreiben, deren expansive Impulse auch auf die Nachfrage nach Dienstleistungen ausstrahlen. Nicht nur die Unternehmen und staatliche Stellen

1) Daneben wurden rund 70 000 Selbständige im Produzierenden Handwerk gezählt; sie erbringen zum Teil ebenfalls Dienstleistungen.

Tabelle 12 - Anzahl der Arbeitsstätten von Unternehmen und Freien Berufen im Dienstleistungssektor Ende 1989 und 1990

	1989	1990
Handel	16 000	44 200
Großhandel	1 000	3 800
Einzelhandel	15 000	37 000
Handelsvermittlung	-	3 400
Verkehr	6 000	16 250
Personenstraßenverkehr	.	6 500
Güterstraßenverkehr	.	7 000
Spedition, Lagerei	.	600
Reisevermittlung etc.	.	750
Sonstige Bereiche	.	1 400
Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe	30 000	53 000
darunter:		
Kredit- und Versicherungsgewerbe	-	6 000
Gastgewerbe, Heime	11 000	16 300
Wäschereien, Körperpflegegewerbe	8 500	8 450
Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung	.	3 300
Bildung, Wissenschaft, Kunst	.	6 150
Verlagsgewerbe	.	200
Gesundheits- und Veterinärwesen	.	2 000
Dienstleistungen für Unternehmen	.	8 250
Sonstige Bereiche	.	2 350
Insgesamt	52 000	113 450

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistisches Amt der DDR; Handelshochschule Leipzig; Schätzung des IfW.

Tabelle 13 - Erwerbstätige im Dienstleistungssektor Ende 1989, 1990 und 1991 (Anzahl in 1000)

	1989	1990	1991	Veränderung 1991/89	
				1000	vH
Handel	930	760	685	-235	-25,3
Großhandel	265	150	120	-165	-62,2
Einzelhandel	665	575	485	-180	-27,0
Handelsvermittlung	-	35	90	x	x
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	715	595	545	-170	-23,7
Eisenbahnen	270	235	204	-66	-22,2
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	34	28	22	-12	-35,2
Übriger Verkehr	273	202	204	-69	-25,2
Postdienste	138	130	115	-23	-16,6
Dienstleistungsunternehmen	860	715	910	+50	+5,8
Kreditinstitute und					
Versicherungsunternehmen	50	80	90	+40	+80,0
Kreditinstitute	38	60	65	+27	+71,1
Versicherungsunternehmen	12	20	25	+13	+108,3
Wohnungsvermietung	60	55	50	-10	-16,7
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	750	580	770	+20	+2,7
Gastgewerbe, Heime	180	160	190	+10	+5,6
Bildung, Wissenschaft, Kultur etc.	20	50	.	.	.
Gesundheits- und Veterinärwesen	0	15	.	.	.
Übrige Dienstleistungsunternehmen	550	355	.	.	.
Alle Dienstleistungsbereiche	2 505	2 070	2 150	-355	-14,2
darunter: Treuhandunternehmen	x	515	245	x	x
Nachrichtlich:					
Staat	1 750	1 735	1 150	-600	-34,3
Private Organisationen ohne					
Erwerbszweck	165	100	130	-35	-21,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistisches Amt der DDR; Schätzung des DIW und IfW.

Tabelle 14 - Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor für das 2. Halbjahr 1990 und für 1991

	Mrd. DM		in vH		Alte Bundesländer = 100	
					2. HJ 1990	1991
	2. HJ 1990	1991	2. HJ 1990	1991		
Bruttowertschöpfung a) insgesamt	100,7	197,8	100,0	100,0	7,7	7,3
darunter:						
Handel und Verkehr	18,1	33,1	18,0	16,7	9,4	8,5
Dienstleistungsunternehmen	17,0	47,0	16,9	23,8	4,6	5,8
Nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt	98,4	183,0	x	x	7,3	6,6
Letzte inländische Verwendung	147,9	361,2	x	x	11,2	13,0

a) Unbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW.

fragen Dienstleistungen nach - Aufträge kommen vor allem aus dem Umfeld der Bauwirtschaft und von den Kommunen -, auch die Privaten Haushalte kaufen offensichtlich wieder mehr Dienstleistungen. Trotz eines im Durchschnitt um zwei Fünftel niedrigeren Haushaltseinkommens geben die ostdeutschen Haushalte insgesamt fast den gleichen Teil ihres Budgets für Dienstleistungskäufe aus wie die westdeutschen (Tabelle 15). Unterschiede bestanden - nach den zuletzt verfügbaren Daten, denen vom 1. Quartal 1991 - nur in der Struktur der Ausgaben. So wendeten die ostdeutschen Haushalte einen deutlich größeren Anteil für den Verzehr von Speisen und Getränken in Gaststätten, Kantinen und Imbißbuden auf. Das hängt offensichtlich mit der Beibehaltung alter Gewohnheiten zusammen.

Zwei Jahre nach dem Übergang zur Marktwirtschaft in Ostdeutschland ist es allerdings noch immer nicht möglich, eine lückenlose und widerspruchsfreie Beschreibung der Anpassungsprozesse in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen zu geben. Dazu reichen die statistischen Informationen nicht aus. Im folgenden werden - wie schon in den vorgehenden Berichten - neuere Entwicklungen in einzelnen Bereichen behandelt. Sie zeigen, wie unterschiedlich die Situation jeweils ist.

Einzelhandel

Für den ostdeutschen Einzelhandel scheint sich der Horizont allmählich aufzuhellen. Das signalisieren die guten Ergebnisse im Winterschlußverkauf. Wegen der verbesserten Einkaufsmöglichkeiten - die Ladenflächen wurden inzwischen stark ausgeweitet und die Geschäftseinrichtungen modernisiert - läßt der "Einkaufstourismus" ostdeutscher Bürger allmählich nach. Für Teile des ostdeutschen Einzelhandels

Tabelle 15 - Struktur der Dienstleistungsausgaben privater Haushalte in Ostdeutschland (OD) und Westdeutschland (WD) im 1. Vierteljahr 1991 (in vH)

	Haushaltstyp 1 a)		Haushaltstyp 2 b)		Haushaltstyp 3 c)	
	WD d)	OD e)	WD d)	OD e)	WD d)	OD e)
Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen, Gaststätten u. ä.	1,8	2,9	2,8	4,1	3,5	4,7
Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung, Schuhen u.ä.	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Dienstleistungen für die Haushaltsführung, fremde Reparaturen und Installationen von Gebrauchsgütern u.ä.	1,0	0,7	0,3	0,4	0,5	0,6
Dienstleistungen von Ärzten und anderen medizinischen Fachkräften, u.ä.	0,3	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1
Dienstleistungen der Krankenhäuser, Sanatorien, Pflegeheime u. ä.	0,2	0,4	0,0	0,0	0,4	-
Dienstleistungen für die Körperpflege, u.ä.	1,2	1,8	0,7	0,8	0,8	0,8
Fremde Reparaturen an Kraftfahrzeugen und Fahrrädern sowie andere Dienstleistungen	1,9	1,5	2,2	2,7	2,3	2,8
Fremde Verkehrsleistungen (ohne Pauschalreisen)	0,9	1,3	0,7	0,7	1,4	1,2
Nachrichtenübermittlung	3,1	2,2	1,9	0,8	1,8	1,0
Dienstleistungen für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1,2	1,1	1,5	1,5	1,5	1,7
Fremde Installationen und Reparaturen an Gebrauchsgütern für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	0,3	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1
Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes	0,3	0,7	0,7	0,3	1,9	0,5
Pauschalreisen	0,2	1,2	0,3	0,2	0,4	0,3
Dienstleistungen der Kreditinstitute und Versicherungen	0,3	0,0	0,4	0,0	0,3	0,1
Dienstleistungen und Reparaturen sonstiger Art	0,8	0,4	0,1	0,1	0,2	0,1
Dienstleistungsausgaben insgesamt	13,6	14,7	12,0	11,9	15,5	14,1
Nachrichtlich:						
Ausgaben für den privaten Verbrauch (DM)	1 713	1 401	3 467	2 372	5 047	2 639

a) 2-Personen-Haushalte von Rentnern mit geringem Einkommen.- b) 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.- c) 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen.- d) Alte Bundesländer.- e) Neue Bundesländer, ohne Ost-Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

ist die wirtschaftliche Lage gleichwohl noch schwierig. Vielfach vollzieht sich die Ausweitung des Angebots nicht im Gleichschritt mit der Expansion der Nachfrage; auch dämpft die hohe Arbeitslosigkeit die Kaufbereitschaft.

Es ist weiterhin schwer, sich ein genaues Bild von der Entwicklung im ostdeutschen Einzelhandel zu machen. Die amtliche Statistik hinkt mit der Berichterstattung weit hinterher: Der Umsatz ist derzeit nur bis Mai 1991, die Beschäftigung nur bis September 1991 dokumentiert. Strukturdaten, beispielsweise über die Anzahl der Einzelhandelsbetriebe nach Betriebstypen und -größen, gibt es kaum. Aus den verfügbaren Einzelinformationen - mosaikartig zusammengesetzt - ergibt sich folgendes Bild:

- Der Aufbau der Einzelhandelslandschaft in Ostdeutschland wird nach wie vor durch das Engagement westdeutscher Handelsunternehmen dominiert. Alle namhaften Firmen suchen weiterhin nach attraktiven Standorten. Neuansiedlungen großflächiger Betriebe (Verbrauchermärkte, Fachmärkte, Warenhäuser, Einkaufszentren) werden vor allem wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse und hoher Immobilienpreise in den innerstädtischen Lagen vorwiegend

- im Umland der Städte vorgenommen. Die Forschungsstelle für den Handel, Berlin (FfH), hat bis Mai 1991 für Berlin und Umgebung 35 Ansiedlungsbegehren für Einzelhandelsprojekte mit jeweils mehr als 50 000 m² sowie für 24 Einkaufszentren mit jeweils mehr als 100 000 m² Grundstücksfläche registriert. Diese Beispiele sind typisch für die Ballungsgebiete in den neuen Bundesländern: Die Expansion des Einzelhandels vollzieht sich dort ganz wesentlich außerhalb der klassischen Einkaufslagen in den Innenstädten.
- Parallel zum Aufbau neuer großflächiger Betriebe hält die Schließung klein- und kleinstflächiger Läden an. Ursächlich hierfür sind Rentabilitäts Gesichtspunkte und die oft mangelnde Attraktivität dieser Läden für Kunden, die durch den Einkauf im Westen schnell anspruchsvoll geworden sind. Der Kleinladen mit geringer Sortimentstiefe und hohem Preisniveau wird von der Bevölkerung meistens nur für unbedingt notwendige Käufe aufgesucht. Sichtbar wird dies am Schicksal vieler Konsumgenossenschaften. So existierten von den 1 000 Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin am Jahresende 1991 nur noch 366, und von den 1 083 Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Nord (Rostock) blieben nur 382 übrig. Im gesamten ostdeutschen Lebensmittel Einzelhandel wurden von Dezember 1990 bis September 1991 insgesamt 3 000 Verkaufsstellen mit Flächen unter 400 m² geschlossen. Der Anteil von Klein- und Kleinstläden an den Lebensmittelgeschäften liegt mit 90 vH jedoch immer noch deutlich über dem Niveau im Westen Deutschlands (78 vH).
 - Die Entwicklung im stationären Handel - Neubau von großflächigen Objekten in der Nähe großer Wohngebiete und in verkehrsgünstigen Lagen, Schließung von Kleinstläden in dünn besiedelten Gegenden - wird von einer sichtbaren Expansion der ambulanten Handelsformen begleitet. In den meisten größeren Ortschaften und Städten werden inzwischen regelmäßig - in vielen Städten sogar täglich - Märkte abgehalten. Die Expansion ambulanter Handelsformen setzte bereits kurz nach der "Wende" ein. Damals leisteten die mobilen, vor allem westdeutschen Händler einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten. Diese Funktion erfüllen nun vor allem im ländlichen Raum die Wochenmärkte, da viele kleine Geschäfte, die früher der Nahversorgung dienten, inzwischen geschlossen wurden oder bei weitem nicht die Vielfalt eines Marktes bieten können. In den größeren Städten der neuen Bundesländer werden die zahlreichen - in vielen Fällen von Montag bis Sonnabend und über den ganzen Tag währenden - Veranstaltungen aber zunehmend skeptisch betrachtet. Mit ihrem breiten Angebot (vor allem bei Textilien) werden sie zum Teil als Konkurrenz und Gefährdung für die häufig noch nicht fest etablierten kleinen und mittleren Ladengeschäfte angesehen. Viele Kommunen sind deshalb nun dabei, Anzahl und Dauer der Marktveranstaltungen zu reduzieren.
 - Der ambulante Handel bedient freilich nicht nur die Märkte in den Städten. Viele Betriebe des Lebensmittelhandwerks (z. B. Bäcker, Fleischer) betreiben neben dem Ladengeschäft zusätzlich eine mobile Verkaufseinrichtung, um ihre Waren auch im näheren Umland anzubieten und die dort entstandenen Versorgungslücken im stationären Handel zu schließen. Die Kernsortimente werden

dabei häufig um diverse Nebensortimente mit Artikeln des täglichen Bedarfs erweitert, so daß praktisch rollende "Tante-Emma-Läden" entstehen, die die Funktion der ehemaligen Nahversorger teilweise oder vollständig übernehmen. Im Lebensmittelhandwerk der neuen Bundesländer sind inzwischen nicht mehr nur einheimische Selbständige zu finden; auch westdeutsche Filialisten engagieren sich immer stärker mit der Errichtung rollender Verkaufsstellen.

- Neben stationären Betrieben des Lebensmittelhandwerks mit einem ergänzenden mobilen Warenabsatz sind auch viele Neugründungen mit ausschließlich mobilem Verkauf zu beobachten. So arbeitet in Brandenburg und Sachsen beispielsweise seit September 1990 die Stop & Shop Brunst und Bäumker GmbH, ein in Westdeutschland beheimatetes Unternehmen, mit einer Verkaufswagenflotte von 61 Fahrzeugen. Stop & Shop arbeitet nach dem Franchise System und vergibt Lizenzen an interessierte Verkaufswagenbetreiber. In Zusammenarbeit mit der REWE Dresden wird ein Standardsortiment von 350 Artikeln angeboten. Bis Ende 1992 soll die Anzahl der Fahrzeuge auf 300 aufgestockt werden.
- Nach wie vor sehr erfolgreich ist der Versandhandel in den neuen Bundesländern. 1990 konnten Otto und Quelle insbesondere durch den zügigen Aufbau von Katalog-Shops einen Umsatz von jeweils 1,1 Mrd. DM erzielen (Quelle 1991: 2,5 Mrd. DM). Inzwischen etablieren sich auch andere Anbieter von Direct Mail, insbesondere für Artikel, bei denen hoher Nachholbedarf besteht (z. B. Videorecorder und Fernsehgeräte).

Die Entwicklung großflächiger und wenig personalintensiver Verkaufsformen beschleunigt den Arbeitsplatzabbau im ostdeutschen Einzelhandel. Ende 1991 gab es - nach einer überschlägigen Rechnung - noch 480 000 Beschäftigte, fast ein Drittel weniger als Ende 1989. Auch für das laufende Jahr zeichnet sich der Verlust weiterer Arbeitsplätze ab. So hat die vom Konkurs bedrohte Konsumgenossenschaft Halle die Entlassung eines Großteils ihrer noch 10 000 Mitarbeiter ins Auge gefaßt.

Gastgewerbe

Die wirtschaftliche Lage im ostdeutschen Gastgewerbe ist weiterhin sehr unterschiedlich. Die Einschätzungen reichen von "sehr gut" bis "unbefriedigend". In fast allen Teilbereichen - im Gaststätten-, im Hotel- und im Touristikgewerbe - lassen sich gute und schlechte Noten zugleich vergeben. Die statistischen Daten sind allerdings sehr lückenhaft. In folgendem lassen sich deshalb nur Teilaspekte darstellen.

Gaststättengewerbe

Das ostdeutsche Gaststättengewerbe hat - trotz erkennbar erfolgreicher Anstrengungen - die Durststrecke noch nicht durchgestanden. Die gegenüber früher stark angehobenen Preise haben zu beträchtlichen Umsatzeinbußen geführt. Nur wo Ambiente und Qualität stimmen, werden höhere Preise auch akzeptiert. Viele Gaststättenbetriebe stecken derzeit in einer Rentabilitätsklemme - zwischen stagnierenden Umsätzen und steigenden Kosten (für Personal, Pacht und Energie). Recherchen haben ergeben, daß die Pachtkosten in Ostdeutschland vielfach bis zu 10 vH des Umsatzes betragen und damit erheblich höher sind als in Westdeutschland. Bei den Energiekosten, die bis zu 20 vH des Umsatzes ostdeutscher Gaststätten ausmachen, ist der Abstand zu Westdeutschland (rund 5 vH) noch größer. Um die Ertragslage zu verbessern, sind hohe Investitionen erforderlich. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DeHoGa) veranschlagt den investiven Aufwand auf DM 10 000 pro Restaurantplatz in Ostdeutschland. Solche Summen können die wenigsten Wirte aufbringen; viele sind durch die Ablösebeträge, die sie bei der Übernahme des Betriebs an die Treuhandanstalt zu entrichten hatten, hochverschuldet. Ein Investitionshindernis sind auch die oftmals nur kurzfristigen Pachtverträge mit den Hauseigentümern. Es gibt Schätzungen, daß in diesem Jahr über 50 vH der Gaststättenbetriebe den Besitzer wechseln werden oder geschlossen werden müssen (in Westdeutschland liegt die Fluktuationsrate bei etwa 20 vH).

Die Privatisierung des ehemaligen HO-Gaststättennetzes hat - für sich genommen - zu einem Abbau von Kapazitäten geführt. Die Lücken sind bisher nicht überall durch Neugründungen geschlossen worden. So werden beispielsweise in Ost-Berlin derzeit 200 gastronomische Objekte weniger bewirtschaftet als zu Beginn des Jahres 1991. Es gibt dort eine ganze Reihe leerstehender Gaststättenlokale. Diese Leerstände - nicht selten in bester Lage - beruhen in der Regel auf ungeklärten Eigentumsverhältnissen (fast alle Grundstücke Ost-Berlins sind mit Restitutionsansprüchen belastet) oder sind Folge einer abwartenden Haltung der Eigentümer, vor allem von Wohnungsbaugesellschaften.

Fremdenverkehrsgewerbe

Im Vergleich zum Gaststättengewerbe ist die wirtschaftliche Situation des Fremdenverkehrsgewerbes - im Durchschnitt gesehen - günstiger. Die Nachfrage nach Hotel- und Ferienbetten zog im letzten Jahr kräftig an, gemessen an der Anzahl der Gäste und im Vergleich zum Vorjahr um 35 vH. Bei den meisten Besuchern handelte es sich um Geschäftsreisende und um "Neugier-Touristen"; Langzeiturlauber gab es dagegen deutlich weniger. Zu den ausländischen Besuchern zählten überwiegend Transitbesucher aus dem skandinavischen Raum, die in der Regel nur bis zu drei Tagen blieben. Bei den westdeutschen Besuchern überwogen Geschäftsreisende, Städtetouristen und Tagesausflügler.

Die Bettenauslastung, und damit die Rentabilität der Betriebe, ist sehr unterschiedlich. Fast alle Hotels in größeren Städten verzeichnen sehr gute Belegungszahlen. Während der Woche gibt es vielerorts, vor allem wegen des Geschäftsreiseverkehrs, Schwierigkeiten bei der Unterbringung. Nach Schätzungen von Fachleuten fehlen in ostdeutschen Städten etwa 200 000 bis 280 000 Hotelbetten; in Leipzig beispielsweise 15 000 und in Dresden 8 000. Auf 10 000 Einwohner kommen in Ostdeutschland derzeit nur 27 Hotelbetten, in Westdeutschland dagegen 175. Dieser Bettenmangel hat das Hotelgewerbe in den Städten zu einem lukrativen Geschäft gemacht. Auch für einfache und sanierungsbedürftige Zimmer werden vielerorts Spitzenpreise gezahlt. Das hat mittlerweile viele Investoren angelockt. So wurden in Dresden bis September letzten Jahres rund 200 Anträge für neue Hotelbauten gestellt, doch erst 55 waren bis dahin beschieden. Auch bei Bauämtern anderer Städte stauen sich derzeit die Anträge. Es ist zu befürchten, daß sich der Aufbau neuer Hotelkapazitäten durch Verwaltungseingpässe erheblich verzögert.

In den Ferienregionen der neuen Bundesländer verlief die Sommersaison 1991 uneinheitlich. Die gesamte Ostseeküste war mit einer durchschnittlichen Bettenauslastung von 90 vH bis 100 vH praktisch ausgebucht. In der Sächsischen Schweiz und im Erzgebirge waren zumindest die privaten Vermieter mit dem Geschäft zufrieden. Dort, wie auch anderenorts, klagten aber jene Hotels und Fremdenheime, die noch von der Treuhandanstalt verwaltet werden, über mangelnde Auslastung.¹⁾ Vergleichsweise wenig Zulauf hatten dagegen der Thüringer Wald und die Mecklenburger Seenplatte. Dort lag die Auslastungsrate der Unterkünfte nur zwischen 40 vH und 50 vH.

Die überwiegend gute Bettenauslastung ist freilich auch Folge eines knappen Angebots, das durch die schleppende Privatisierung mit hervorgerufen wurde. So blieben in Brandenburg nach Schätzungen des dortigen Fremdenverkehrsverbandes in der zurückliegenden Sommersaison rund 10 000 Betten in den Ferienheimen des ehemaligen Feriendienstes des FDGB (FEDI-Heime) und den Feriendomizilen der Parteien und Organisationen der ehemaligen DDR dem Markt entzogen; in den anderen neuen Bundesländern war die Situation ähnlich. Bisher hat die Treuhandanstalt von den 832 FEDI-Heimen erst ganze fünf privatisiert und fünf weitere rückübereignet (Tabelle 16). 672 Heime hat sie inzwischen an die Kommunen übergeben. Damit hat sie die Probleme aber nur verlagert: Eine zügige Privatisierung dieser FEDI-Heime, die 1989 über rund 57 000 Betten verfügten, scheitert bisher an ungeklärten Eigentumsfragen. Zwar haben Treuhandanstalt und Kommunen grundsätzlich die Möglichkeit, nach Paragraph 3 a des Vermögensgesetzes die Heime auch bei bestehenden Restitutionsansprüchen an Investoren zu verkaufen, doch schrecken viele Investoren wegen möglicher gerichtlicher Einsprüche der früheren Eigentümer vor einem Kauf zurück. Bis zur Klärung der Sachlage versuchten Treuhandanstalt und Kommunen, die noch nicht privatisierten FEDI-Heime - für kurze Zeit - zu verpachten. Die Erfolgsquote ist aber nicht sehr hoch, weil zur Weiterführung der Objekte häufig umfangreiche Investitionen

1) Nach Einschätzung von Branchenkennern sind die Preise in den Treuhandeinrichtungen in der Regel zu hoch. Private Anbieter, die in der Saison 1990 noch zu hohe Preise forderten, haben offenbar schneller dazugelernt und im Gegensatz zu den Treuhandunternehmen ihre Preise gesenkt.

notwendig sind, zu denen Pächter allenfalls beim Abschluß langfristiger Pachtverträge bereit sind. So konnten bisher erst 48 vH der FEDI-Heime verpachtet werden. Der Rest steht leer und wird im Auftrag und auf Kosten der Treuhandanstalt bzw. der Kommunen notbewirtschaftet.

Ähnlich ist die Situation bei den rund 2 000 Schulungs- und Ferienheimen der ehemals volkseigenen Betriebe (VEB) mit früher rund 235 000 Betten. Privatisiert wurden bisher lediglich 26 Objekte. Von den 900 Heimen, die aus den ehemaligen VEBs ausgegliedert wurden, konnten bisher erst 33 verpachtet werden. Um die Privatisierung dieser Objekte trotz bestehender Eigentumsansprüche voranzubringen und den Weg für dringend benötigte Investitionen freizumachen, erprobt die Treuhandanstalt jetzt ein neuartiges Verfahren: Unter der Bezeichnung "Mittelstandsexpreß 2000" werden 115 Betriebsferienheime mit einem Sachwert von jeweils unter 1 Mill. DM zur Pacht ausgeschrieben. Dem Pächter wird dabei ein fester Kaufpreis garantiert, zu dem er das Unternehmen nach Ende der Pachtzeit erwerben kann. Sollte das Objekt an den früheren Eigentümer zurückgegeben werden müssen, erhält er von der Treuhandanstalt die bis dahin erfolgten betriebsnotwendigen Investitionen ersetzt. Wie zu hören ist, soll dieses Verfahren bei Investoren auf breites Interesse stoßen. Mit den FEDI-Heimen soll nach Auskunft der Treuhandanstalt in Zukunft in ähnlicher Weise verfahren werden.

Tabelle 16 - Stand der Privatisierung im Hotel- und Beherbergungsgewerbe (Mitte Februar 1992)

	Anzahl der Objekte					Bemerkungen
	Insgesamt	(a) in Verwaltung der THA (b) darunter: verpachtet	(a) in Verwaltung der Kommunen (b) darunter: verpachtet	priva- tisiert	rücküber- eignet	
Interhotels	33	(a) 3 (b) -	(a) - (b) -	30	-	Die noch zu privatisierenden 3 Objekte sind restitutionsbehaftet; für 1 Objekt wird zur Zeit ein Kaufvertrag nach § 3a, Vermögensgesetz, vorbereitet.
Travel-Hotels des ehemaligen Reisebüros der DDR	33	(a) 33 (b) -	(a) - (b) -	-	-	Nach einem gescheiterten Privatisierungsversuch im Dezember 1991 ist im Februar 1992 eine neue Ausschreibung erfolgt.
Cicero-Reisen GmbH (Ferienheime der SED-eigenen Druckereien und Verlage)	9	(a) 9 (b) -	(a) - (b) -	-	-	Privatisierung aller Objekte (darunter 5 MBOs) ist noch im I. Quartal 1992 vorgesehen.
Ferienheime der Gewerkschaften (FDGB) b)	832	(a) 160 (b) 50	(a) 672 (b) ca. 350	5	5	Bei 75 Objekten befinden sich die Privatisierungsverhandlungen nach Angaben der Treuhandanstalt in einem fortgeschrittenen Stadium.
Schulungs- und Ferienheime der VEBs c)	2 000	(a) 900 a) (b) 33	(a) - (b) -	26	-	Im Rahmen der Aktion "Mittelstandsexpreß 2000" wird Verpachtung von 115 Objekten versucht.
Touristisch nutzbare Gästehäuser der SED und der Blockparteien	460	(a) 40	(a) - (b) -	-	-	-
Ferienheime des Ministeriums für Staatssicherheit	400	(a) 400	(a) - (b) -	-	-	19 Objekte sind zum Verkauf ausgeschrieben.
HO-Hotels d)	360	(a) 110	(a) - (b) -	190 e)	60	Bei 20 Objekten laufen zur Zeit Privatisierungsverhandlungen. Die übrigen 90 Objekte sollen der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft zur weiteren Verwertung übergeben werden.

a) Anzahl der aus den Betrieben ausgegliederten Objekte. Darunter 200 Objekte nach Angaben der Treuhandanstalt, die für eine gewerbliche Nutzung zu klein sind.- b) Rund 57 000 Betten.- c) Darunter 70 000 Betten in Erholungseinrichtungen, 150 000 Betten in Ferienbungalows, 15 000 Betten in Schulungseinrichtungen.- d) Rund 9000 Betten.- e) Darunter 30 Objekte nach § 3a, Vermögensgesetz, privatisiert.

Quelle: Treuhandanstalt; Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Von den rund 460 Gästehäusern der SED und der Blockparteien wurden der Treuhandanstalt von der Unabhängigen Kommission zur Verwaltung der Vermögen der Parteien und Massenorganisationen

bisher 40 Objekte übertragen, von denen bisher aber nicht ein einziges privatisiert werden konnte. Auch die rund 400 Ferienheime der Staatssicherheit sind noch alle im Besitz der Treuhandanstalt. 19 Objekte sind zur Zeit zum Verkauf ausgeschrieben, die anderen können wegen ungeklärter Eigentumsansprüchen nicht angeboten werden. Keine erkennbaren Probleme gibt es dagegen bei den 33 Travel-Hotels und den 9 Ferienheimen der Cicero-Reisen GmbH. Sie sind derzeit alle zum Verkauf ausgeschrieben. Von den 360 HO-Hotels wurden bisher 250 privatisiert bzw. rücküberignet. Bei 20 Objekten laufen derzeit Privatisierungsverhandlungen. Die restlichen 90 Objekte sind nach Angaben der Treuhandanstalt in einem Zustand, der keine gewerbliche Nutzung mehr zuläßt. Sie sollen der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft zur weiteren Verwertung übergeben werden. Die 33 ehemaligen Interhotels wurden bis auf drei, bei denen ungeklärte Eigentumsansprüche existieren, inzwischen verkauft.

Verkehrsgewerbe

Das ostdeutsche Verkehrsgewerbe hat bei der Umstellung auf die neuen Rahmenbedingungen nach wie vor große Schwierigkeiten. Die Ursachen dafür sind: Einbrüche beim Transportaufkommen, Verschiebungen in der Verteilung der Beförderungsleistung auf die einzelnen Verkehrsträger, Richtungsänderungen bei den Transportströmen, Verzögerungen bei der Privatisierung und Kommunalisierung von noch im Treuhandbesitz befindlichen Betrieben der ehemaligen Kraftverkehrskombinate und - nicht zuletzt - die staatlichen Regulierungen des Straßengüterverkehrs. Entsprechend schwierig ist für die Anbieter von Transportleistungen - sie reichen vom Monopolanbieter im Schienenverkehr, der Reichsbahn, bis hin zum kleinen privaten Fuhrbetrieb - die wirtschaftliche Lage.

Straßenverkehr

Straßengüterverkehr

Wirtschaftliche Probleme haben vor allem die rund 8 000 ostdeutschen privaten Unternehmen, von denen viele schon in der ehemaligen DDR existierten. Es handelt sich überwiegend um Kleinstbetriebe mit oftmals nur einem Lastzug. Ihnen fehlt in der Regel neben der Erfahrung beim Akquirieren von Ladung auch die notwendige Logistik. Diese Betriebe sind dem Wettbewerb der Unternehmen aus Westdeutschland und dem EG-Ausland selten gewachsen. Viele von ihnen sind hoch verschuldet; sie haben ein neues Fahrzeug angeschafft und ganz überwiegend mit Krediten finanziert.¹⁾ Wegen der schlechten Auftragslage fällt es ihnen schwer, die Zinsen zu erwirtschaften; an die Bildung von Rück-

1) Nach Auskunft des Bundesverbandes Güterfernverkehr wurden in erster Linie ERP-Kredite mit Laufzeiten bis zu 20 Jahren, die während der ersten fünf Jahre tilgungsfrei sind, aufgenommen.

lagen, um später, nach den tilgungsfreien Jahren, Kredite zurückzahlen zu können, ist dann ohnehin nicht zu denken. Es ist absehbar, daß ein Teil der Betriebe aufgeben muß, falls sich die Auftragslage nicht bald bessert.

Nicht so schlecht wie bei den kleinen Betrieben stellt sich die wirtschaftliche Lage bei den großen Güterverkehrsbetrieben der ehemaligen Kraftverkehrskombinate dar. Bis Ende 1991 hat die Treuhandanstalt rund 160 Güterverkehrsbetriebe aus den ehemaligen Kombinatzen ausgegliedert und privatisiert. Sie rechnet damit, noch weitere 200 Betriebe ausgliedern und verkaufen zu können. Zu DDR-Zeiten fungierten die Kraftverkehrskombinate häufig als "Devisenbeschaffer" im Ost-West-Verkehr. Ihre Nachfolgebetriebe besitzen deshalb ein ausgebautes Logistiknetz und verfügen über einige Wettbewerbserfahrung. Sie verstehen es, selbständig Ladung zu akquirieren, und können deshalb höhere Margen realisieren als die Kleinunternehmen, die ihre Aufträge meistens über westdeutsche Transportunternehmen beziehen und Provisionen dafür zahlen müssen. Die Nachfolgebetriebe der Kraftverkehrskombinate können ihre Wettbewerbsvorteile freilich nicht voll ausspielen, denn bei der Vergabe von Konzessionen im Güterfernverkehr (Rote Konzession) wurden sie - offenbar aus mittelstandspolitischen Erwägungen - benachteiligt. Obwohl sie über den weitaus größten Teil des Lkw-Bestandes in Ostdeutschland verfügen, wurden ihnen nur rund 4 000 Konzessionen zugeteilt, während die privaten Kleinunternehmen rund 8 000 Konzessionen erhielten. Aus diesem Grunde waren die Nachfolgebetriebe teilweise gezwungen, ihre Kapazitäten zu verringern.

Straßenpersonenverkehr

Die Situation im Straßenpersonenverkehr wird nach wie vor durch die Abwanderung der Fahrgäste von den öffentlichen Verkehrsmitteln zum eigenen Auto dominiert. Allerdings hat sich diese Entwicklung in letzter Zeit nur noch im ländlichen Raum fortgesetzt, nicht jedoch in den Städten. Die wachsenden Verkehrsprobleme in den Ballungsräumen (der Bestand an Kraftfahrzeugen je Einwohner hat in Ostdeutschland inzwischen drei Viertel des westdeutschen Bestandes erreicht) haben vor allem bei den Berufspendlern die Abwendung von öffentlichen Verkehrsmitteln gestoppt: Nach Auskunft des Verbandes Öffentlicher Verkehrsbetriebe kam der Rückgang der Beförderungszahlen in den innerstädtischen Bereichen im zweiten Halbjahr 1991 zum Stillstand. Dadurch hat sich die überaus schwierige Finanzlage der Betriebe etwas entspannt, zumal seit Anfang 1991 die Fahrpreise kräftig erhöht wurden - im innerstädtischen Verkehr haben sie sich seitdem mehr als verdoppelt.¹⁾ Trotzdem schreiben alle ÖPNV-Betriebe weiterhin tiefrote Zahlen.

Der öffentliche Straßenpersonenverkehr in Ostdeutschland ist nicht attraktiv. Das rollende Material ist weitgehend verschlissen, der Zustand von Straßen und Schienenwegen denkbar schlecht. Wegen der schleppenden Kommunalisierung und Privatisierung wird von den Betrieben nur sehr zurückhaltend

1) Dort liegen sie derzeit noch um 50 vH bis 60 vH und im regionalen ÖPNV um rund 80 vH unter dem westdeutschen Niveau.

investiert. Nach Angaben der Treuhandanstalt ist von den 215 ÖPNV-Betrieben ein Drittel kommunalisiert (bzw. privatisiert) oder ihre Kommunalisierung ist beschlossen (Tabelle 17); für ein weiteres Drittel ist sie in Vorbereitung. Beim letzten Drittel besteht noch kein "grundsätzlicher Konsens" mit den Kommunen. Eine Hürde bei den Verhandlungen sind meistens die hohen "finanziellen Altlasten" der ÖPNV-Betriebe und die erheblichen laufenden Verluste. Da die operativen Verluste bis zu einer Kommunalisierung von den Ländern getragen werden müssen, haben die Kommunen mit der Übernahme der Betriebe verständlicherweise keine Eile.

Tabelle 17 - Stand der Kommunalisierung und Privatisierung des Öffentlichen Personenverkehrs in den neuen Bundesländern (Januar 1992)

	Betriebe insgesamt		davon:	
	Anzahl	vH	in Landkreisen	in kreisf. Städten
			Anzahl	
I Kommunalisierung notariell abgeschlossen	21	10	7	14
II Privatisierung notariell abgeschlossen	5	2	5	-
III Betriebe auf Kommunen übertragen	21	10	18	3
IV Kommunalisierung und Privatisierung vom THA-Vorstand genehmigt	29	14	28	1
Summe I - IV	76	36	58	18
V Übertragung in Abstimmung mit Kommunen in Vorbereitung	62	29	56	6
Summe I - V	138	65	116	24
VI Grundlagenfeststellung noch nicht abgeschlossen, aber Konsensus mit den Kommunen möglich	67	31	65	2
VII Anträge von Kommunen noch nicht gestellt	10	4	10	-
Insgesamt (Summe V - VII)	215	100	181	26
Nachrichtlich:				
Restitutionsanmeldungen	51	24	-	-
Vorgesehene Privatisierungen	64	30	-	-

Quelle: Treuhandanstalt.

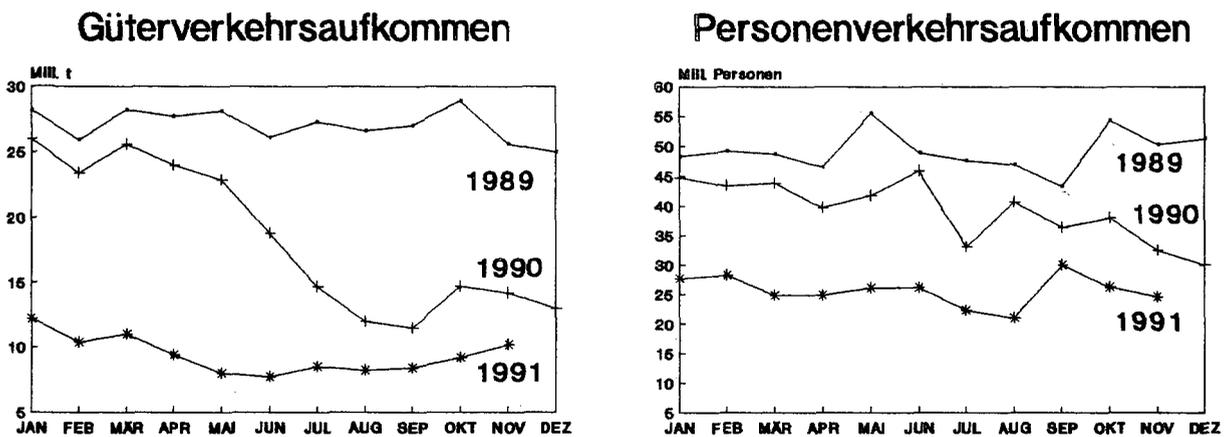
Die großen Defizite der ÖPNV-Betriebe sind nicht nur die Folge gesunkener Fahrgastzahlen, sondern auch eines schleppenden Beschäftigtenabbaus. Es gibt allenthalben einen beträchtlichen Personalüberhang, vor allem in der Verwaltung und im Instandhaltungsbereich.

Eisenbahnverkehr

Bei der Deutschen Reichsbahn hat sich das Beförderungsaufkommen nach einem tiefen Einbruch inzwischen sowohl im Personenverkehr als auch im Güterverkehr stabilisiert (Schaubild 1). Für den Personenverkehr ist damit zu rechnen, daß das jetzt erreichte Niveau auch längerfristig gehalten werden kann, zumal sich das Leistungsangebot durch die Modernisierung der Schienenwege spürbar verbessern wird. Im Güterverkehr läßt sich die weitere Entwicklung dagegen noch nicht abschätzen. Zwar wird im

Gefolge der wirtschaftlichen Erholung die Nachfrage nach Transportleistungen wieder anziehen, doch ist nicht sicher, ob die Reichsbahn, die in scharfem Wettbewerb mit dem Straßengüterverkehr steht, davon profitieren kann. Sie versucht derzeit, dem Konkurrenzdruck vor allem durch eine Verbesserung des Transportangebotes entgegenzuwirken. Mittlerweile hat sie 17 Bahnhöfe für den kombinierten Straße-Schiene-Verkehr ausgebaut; 13 Bahnhöfe sind an das bundesweite Netz des "Kombinierten Ladeverkehrs" angeschlossen und können dadurch bundesweit Verbindungen mit relativ kurzen Transportzeiten anbieten. Zudem saniert sie zur Zeit Teile ihres 14 000 km langen Streckennetzes. Sie konzentriert sich dabei zunächst auf ein 6 600 km großes "Kernnetz", das die meistbefahrensten Strecken umfaßt. Die übrigen Strecken sollen erst später ausgebaut werden. In welchem Umfang Strecken stillgelegt werden, ist noch nicht entschieden. Eine Reihe von Regional- und Industriebahnen soll privatisiert bzw. kommunalisiert werden.

Schaubild 1: Güter- und Personenverkehrsaufkommen bei der Deutschen Reichsbahn von Jan. 1989 bis Nov. 1991



Quelle: Deutsche Reichsbahn

Um attraktivere Gütertarife anbieten zu können, muß die Reichsbahn gezielt die Kosten senken, insbesondere durch einen zügigen Personalabbau. Seit Ende 1989 hat die Reichsbahn ihr Personal um rund 20 vH reduziert, derzeit hat sie aber immer noch fast 200 000 Bedienstete. Bezogen auf die Größe des Streckennetzes verfügt sie derzeit über rund 50 vH mehr Personal als die Bundesbahn.¹⁾ Nach Angaben der Reichsbahn ist für die nächsten Jahre ein schrittweiser Stellenabbau um jährlich etwa 20 000 Personen geplant. Über das gesamte Volumen des Personalabbaus ist noch nicht entschieden.

¹⁾ Dabei liegt die Auslastung des Streckennetzes der Reichsbahn weit unter der der Bundesbahn. Ein exakter Vergleich an Hand von Produktivitätsmeßziffern ist derzeit nicht möglich.

Gesundheitswesen

Die Umstrukturierung im ostdeutschen Gesundheitswesen ist seit Ende 1990 im Gange, sie verläuft bei den Krankenhäusern noch schleppend, bei den ambulanten Diensten hingegen zügig.

Krankenhauswesen

Die Neuordnung des Krankenhauswesens - sie liegt in der Kompetenz der neuen Bundesländer - ist noch weitgehend in der Planungsphase. Anfang 1991 erstellten zwar alle fünf Länder sogenannte vorläufige Förderlisten, in denen Trägerschaft und Bettenzahl sowie Art und Anzahl der Fachabteilungen der Krankenhäuser festgelegt wurden. Für das Jahr 1992 haben aber bisher nur drei Länder (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg) Krankenhauspläne erarbeitet und verabschiedet. In Mecklenburg-Vorpommern wird der Entwurf des Landeskrankenhausplanes derzeit erst beraten. Thüringen hat für 1992 nochmals eine vorläufige Krankenhausförderliste erstellt, in der die Planungsansätze der Förderliste 1991 nur fortgeschrieben werden. In Berlin wird die Krankenhausplanung für den Ostteil und den Westteil der Stadt gemeinsam durchgeführt. Es wurde schon für 1991 ein Krankenhausrahmenplan für Gesamtberlin erstellt, der im Juni vergangenen Jahres vom Senat beschlossen wurde.

Die in der Krankenhausplanung beschlossenen Trägerschaftswchsel haben, mit Ausnahme von Berlin, erst vereinzelt stattgefunden. Die meisten Häuser befinden sich noch im Besitz der Kommunen. Eine Trägerschaftspluralität wie in den westlichen Bundesländern hat sich nicht herausgebildet. Dort, wo die Trägerschaft wechselte, übernahmen meistens kirchliche oder freie gemeinnützige Organisationen die Einrichtungen. Einige kleinere Häuser wurden auch geschlossen. Schließlich gab es einzelne Privatisierungen im Bereich des Kur- und Rehabilitationswesens. Im Verlauf der Umstrukturierung wurden reichlich 10 vH des Bettenbestandes abgebaut, vor allem im Pflegebereich (Tabelle 18). Dennoch ist die Bettenzahl pro Einwohner noch immer deutlich höher als in den alten Bundesländern. Die Investitionstätigkeit ist trotz des großen Modernisierungsbedarfs gering: Es werden fast ausschließlich Instandsetzungsmaßnahmen vorgenommen, die aus den den Ländern vom Bund im Rahmen der Pauschalförderung bereitgestellten Mitteln finanziert werden können. Neubau-, Umbau- oder Sanierungsmaßnahmen, die im Rahmen der Einzelförderung direkt aus den Landeshaushalten zu finanzieren sind, werden bisher nur vereinzelt in Angriff genommen. Aus den Anträgen der Krankenhausträger geht aber hervor, daß der investive Nachholbedarf enorm zu sein scheint. So beträgt das Volumen der allein für die kommenden ein bis zwei Jahre ins Auge gefaßten Investitionsmaßnahmen etwa 1 Mrd. DM in Mecklenburg-Vorpommern, 4,2 Mrd. DM in Brandenburg und 8 Mrd. in Sachsen-Anhalt.

Tabelle 18 - Entwicklung des Bestandes an Krankenhausbetten in ostdeutschen Krankenhäusern 1989 - 1991

	Anzahl		Veränderung in vH	Betten je 10 000 Einwohner 1991
	1989	1991		
Brandenburg	24 596	25 237	+ 2,6	96,6
Mecklenburg-Vorpommern	20 256	15 524	- 23,3	79,8
Sachsen	49 447	43 275	- 12,5	89,4
Sachsen-Anhalt	28 903	25 808	- 10,7	88,3
Thüringen	25 388	21 312	- 16,1	80,3
Berlin (Ost)	14 715	14 958	+ 1,7	117,5
Insgesamt	163 305	146 114	- 10,5	89,9

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990; Deutsche Krankenhausgesellschaft Düsseldorf/Berlin.

Gemessen an den Verhältnissen in Westdeutschland verfügen die ostdeutschen Krankenhäuser nicht nur über zu viele Betten, sondern auch über zuviel Personal, vor allem im nicht-medizinischen Bereich. Der Abbau von Stellen ist in Gang gekommen, verläuft aber zögerlich. Nach einer repräsentativen Erhebung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), die 68 vH aller Krankenhäuser umfaßte, hat sich der Personalbestand seit Ende 1989 erst um 2 vH (hochgerechnet: 3 000 Personen) verringert (Tabelle 19). Zu einem spürbaren Personalabbau ist es vor allem in den nicht-medizinischen Bereichen gekommen. Auch den Krankenhäusern waren viele Dienstleistungsabteilungen angegliedert, deren Leistungen von externen Anbietern normalerweise weitaus wirtschaftlicher erbracht werden können, wie Wäschereien, Küchenbetriebe oder Reinigungs-, Bau- und Reparaturhandwerke. Diese Einrichtungen wurden inzwischen größtenteils ausgegliedert und die Arbeitskräfte entlassen. Im medizinischen Bereich wurde dagegen aufgestockt, sowohl bei den Pflegediensten als auch beim ärztlichen Dienst; zum Teil wurde Personal aus den X-Bereichen übernommen. Bei den Pflegediensten, insbesondere in der allgemeinen Krankenpflege, bestehen trotz allem Engpässe, wenngleich selten akute Notstände. Aus Ost-Berlin und den Gebieten nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze wandern zahlreiche Pflegekräfte wegen besserer Bezahlung und Arbeitsbedingungen zu "Westkrankenhäusern" ab. Das gilt vor allem für qualifizierte Kräfte in der Intensivpflege, der Anästhesie und der Chirurgie. Beim ärztlichen Dienst erklärt sich die Zunahme wohl auch mit der Schließung von Versorgungslücken in einzelnen Regionen und Fachbereichen. Generell kann nämlich von einem Ärztemangel an ostdeutschen Krankenhäusern keine Rede sein.

Nach Ermittlungen der DKG sind die Krankenhauskosten im Jahre 1991 kräftig - um 22 vH - gestiegen; und zwar nicht nur die Personalkosten (17 vH), sondern mehr noch die Sachkosten (31 vH; Tabelle 20). Ein Teil des Kostenanstiegs beruht auf der Sicherung und Verbesserung der Patientenversorgung, insbesondere durch eine bessere Geräteausstattung. Auf mittlere Sicht jedoch werden die ostdeutschen Krankenhäuser wohl nicht umhin können, Kapazitäten und Personal abzubauen sowie ihre Wirtschaftsführung zu reorganisieren.

Bei der Umstrukturierung der ostdeutschen Krankenhauslandschaft leisten die westdeutschen Krankenhäuser aktive Hilfe. Drei Viertel aller Ost-Krankenhäuser kooperieren inzwischen mit westdeutschen Partnern. Der Bund fördert diese Zusammenarbeit. Die Beratungstätigkeit richtet sich auf die

wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Aufgaben der Umstrukturierung, speziell auf die Verbesserung der Zielplanung, den Aufbau des betrieblichen Rechnungswesens, auf die Struktur und Organisation der Fachbereiche sowie auf die Organisation der Beschaffung und des Personalwesens.

Ambulante Dienste

In der ambulanten medizinischen Versorgung ist die Umstrukturierung erheblich weiter vorangeschritten als im Krankenhausbereich. Reichlich drei Viertel des zuvor dort tätigen ärztlichen und zahnärztlichen Personals (etwa 14 500 Ärzte und etwa 9 400 Zahnärzte) haben sich inzwischen in freier Praxis niedergelassen. Die Polikliniken und Ambulatorien, die in der ehemaligen DDR neben den Krankenhäusern die zweite Säule der medizinischen Versorgung bildeten und denen im Einigungsvertrag eine fünfjährige Bestandsgarantie eingeräumt wurde, stehen, von wenigen Fällen abgesehen, praktisch vor dem Aus.

Tabelle 19 - Zur Personalentwicklung in ostdeutschen Krankenhäusern 1990 - 1991 a)

	Ärztlicher Dienst			Pflegedienst			Andere Bereiche b)			Insgesamt		
	Anzahl		Veränd.	Anzahl		Veränd.	Anzahl		Veränd.	Anzahl		Veränd.
	1990	1991 c)	in vH	1990	1991 c)	in vH	1990	1991 c)	in vH	1990	1991 c)	in vH
Brandenburg	1 064	1 190	+ 11,8	4 369	4 498	+ 3,0	7 675	7 407	- 3,5	13 108	13 095	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 036	1 018	- 1,7	5 752	5 488	- 4,6	5 398	4 123	- 23,6	12 186	10 629	- 12,8
Sachsen	3 435	3 561	+ 3,7	6 749	7 854	+ 16,4	22 010	21 585	- 1,9	32 194	33 000	+ 2,5
Sachsen-Anhalt	2 240	2 332	+ 4,1	8 560	8 556	0,0	17 235	16 394	- 4,9	28 035	27 282	- 2,7
Thüringen	1 628	1 720	+ 5,7	4 705	4 839	+ 2,9	11 932	11 376	- 4,7	18 265	17 935	- 1,8
Insgesamt	9 403	9 821	+ 4,4	30 135	31 235	+ 3,7	64 250	60 885	- 5,2	103 789	101 942	- 1,8

a) Ergebnisse einer Mitte 1991 durchgeführten Umfrage unter den Krankenhäusern der neuen Bundesländer (ohne Ost-Berlin) mit einer Beteiligungsquote von 68 vH (Ergebnisse nicht hochgerechnet).- b) Medizinisch-technischer Dienst, Funktionsdienst, klinisches Hauspersonal, Wirtschafts- und Versorgungsdienst, technischer Dienst, Verwaltungsdienst.- c) Planungsansätze der Krankenhausförderlisten 1991.

Quelle: Deutsche Krankenhausgesellschaft Düsseldorf/Berlin.

Tabelle 20 - Entwicklung der Krankenhauskosten a) in Ostdeutschland

	Personalkosten			Sachkosten			Gesamtkosten		
	1990	1991 b)	Veränd. in vH	1990	1991 b)	Veränd. in vH	1990	1991 b)	Veränd. in vH
	in Mio. DM			in Mio. DM			in Mio. DM		
Brandenburg	304	339	+ 11,6	174	235	+ 35,1	491	591	+ 20,4
Mecklenburg-Vorpommern	237	280	+ 18,7	158	219	+ 38,7	398	503	+ 26,5
Sachsen	804	935	+ 16,3	555	713	+ 28,6	1 339	1 614	+ 20,5
Sachsen-Anhalt	655	784	+ 19,7	418	571	+ 36,8	1 061	1 334	+ 25,7
Thüringen	447	534	+ 19,6	318	387	+ 22,0	794	938	+ 18,1
Insgesamt	2 447	2 872	+ 17,4	1 623	2 125	+ 31,0	4 094	4 980	+ 22,0

a) Ergebnisse einer Mitte 1991 durchgeführten Umfrage unter den Krankenhäusern der neuen Bundesländer (ohne Ost-Berlin) mit einer Beteiligungsquote von 68 vH (Ergebnisse nicht hochgerechnet). - b) Planungsansätze der Krankenhaushelferlisten 1991.

Quelle: Deutsche Krankenhausgesellschaft Düsseldorf/Berlin.

Gegenwärtig bestehen noch etwa 400 Einrichtungen der ambulanten Versorgung (Polikliniken, Ambulatorien und Fachambulanzen), in denen insgesamt etwa 3 000 Ärzte beschäftigt sind; vielfach ist inzwischen nur noch ein einzelner Arzt dort tätig. Die Einrichtungen befinden sich meistens in kommunaler, manchmal in freier oder in gemischter Trägerschaft, einige betriebliche Einrichtungen werden von den bisherigen Betreibern weitergeführt oder sind von den Unternehmen übernommen worden. Die meisten universitären Einrichtungen bleiben den Universitätskliniken angegliedert. Das Schicksal der Krankenhausfachambulanzen ist noch ungeklärt. Sie bemühen sich derzeit um die Zulassung zur allgemeinen ambulanten medizinischen Versorgung, um künftig das gesamte Spektrum ambulanter Versorgungsleistungen anbieten und über die Krankenkassen abrechnen zu können. Unklar sind auch die Zukunftsperspektiven der Gesundheitszentren in Brandenburg, da ihre Zulassung zur ambulanten Versorgung zunächst nur bis 1995 gesichert ist. Dann müssen sie sich einer Bedarfs- und Wirtschaftlichkeitsprüfung unterziehen.

Investitionen finden bei den noch bestehenden ambulanten Einrichtungen mangels Zukunftsperspektive so gut wie nicht statt, und die Beratungshilfen des Bundes werden kaum in Anspruch genommen. Die Umstrukturierungen hin zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte vollziehen sich bislang offenbar ohne umfangreiche Freisetzungen. Im Gefolge der Praxisgründungen hat ein großer Teil des mittleren medizinischen Personals eine neue Beschäftigung gefunden, und auch unter den Ärzten gibt es nach Angaben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) nahezu keine Arbeitslosigkeit. Viele Ärzte, die sich nicht zur Gründung einer eigenen Praxis entschlossen haben, fanden Beschäftigung im öffentlichen Gesundheitswesen oder im Krankenhausbereich; vereinzelt machten sie von der Vorruhestandsregelung Gebrauch. In einigen Fachgebieten gibt es sogar

einen Mangel an Ärzten, der noch aus der Vorwendezeit stammt. Seit Anfang des Jahres 1992 ist westdeutschen Ärzten eine Niederlassung in den neuen Bundesländern möglich; die noch von der Volkskammer erlassene sogenannte Landeskinderschutzklausel, die dies verhinderte, galt nur bis Ende 1991. Es sieht jedoch so aus, als ob bisher nur wenige westdeutsche Ärzte um eine Zulassung nachgesucht haben.

Das für Ostdeutschland kreierte besondere Modell der Praxisgemeinschaften, in denen ältere Ärzte im Angestelltenverhältnis bei jüngeren Kollegen tätig werden sollten, hat offenbar keine Chancen. Einerseits zeigen die Ärzte nur eine geringe Bereitschaft, Kollegen im Rahmen eines Angestelltenverhältnisses aufzunehmen; andererseits fehlt die Bereitschaft der Kassenärztlichen Vereinigungen, solche Praxisgemeinschaften anzuerkennen und zur ambulanten Versorgung zuzulassen.

2. Betriebsgröße

Der Dienstleistungssektor in der ehemaligen DDR war von vergleichsweise großen Unternehmens-einheiten geprägt. So gab es im Bereich des volkseigenen Handels (HO) nur 228 Einzelhandelsbetriebe (mit über 20 000 Verkaufsstellen), der öffentliche Straßenverkehr war in 15 Kraftverkehrskombinaten organisiert, und die Dienstleistungsproduktion, vor allem die für die Bevölkerung, lag überwiegend in den Händen der 219 Dienstleistungskombinate und -betriebe der Örtlichen Versorgungswirtschaft sowie der 2 700 handwerklichen Produktionsgenossenschaften. Hinzu kam, daß ein großer Teil der Dienstleistungsproduktion von den industriellen Kombinat- und Betrieben in Eigenleistung erbracht wurde. Private Klein- und Mittelbetriebe spielten nur in wenigen Branchen eine Rolle.

Inzwischen ist der Aufbau einer mittelständischen Unternehmensstruktur in den neuen Bundesländern in Gang gekommen - durch Zerlegung und Privatisierung bestehender staatlicher Unternehmen und vor allem durch Neugründungen. Aber er ist offensichtlich nicht so weit fortgeschritten, wie es wünschenswert wäre. Nach den Ergebnissen der Berufstätigenzählung von Ende 1990 wurden in den Dienstleistungsbereichen rund 114 000 Arbeitsstätten mit zusammen 1,8 Mill. hauptberuflichen Beschäftigten gezählt (Tabelle 21). Auf jede Arbeitsstätte entfielen damit im Durchschnitt 16 Beschäftigte, in den alten Bundesländern sind es nur 5 Beschäftigte.

Der Ost-West-Vergleich zeigt, daß die Betriebe in den neuen Bundesländern Ende 1990 im Durchschnitt in allen Branchen erheblich größer waren als in den alten. Besonders ausgeprägt waren diese Unterschiede im Handel, aber auch in den meisten Bereichen des Dienstleistungshandwerks und in den Freien Berufen. Zum Teil spiegeln sich darin die alten Strukturen: So waren Ende 1990 große Teile des volkseigenen Handels nicht privatisiert und große Teile des Öffentlichen Personennahverkehrs nicht kommunalisiert. Auch hatten viele Industriebetriebe damals gerade erst begonnen, solche Betriebsteile, die Dienstleistungsfunktionen erfüllten, rechtlich und organisatorisch abzutrennen; damit erklärt sich beispielsweise, daß in den technischen Beratungs- und Planungsberufen die Arbeitsstätten durchschnitt-

lich viermal so groß waren wie in den alten Bundesländern. Insofern markiert die Entwicklung, wie sie bis Ende 1990 dokumentiert ist, nur einen Zwischenschritt auf dem Weg zu einem mittelständisch strukturierten Dienstleistungssektor.

Tabelle 21 - Durchschnittliche Unternehmensgröße in ausgewählten Dienstleistungsbranchen in Ostdeutschland Ende 1990

	Arbeits- stätten	Beschäftigte	Beschäftigte je Arbeits- stätte	Zum Vergleich: Westdeutschland a)
				Beschäftigte je Arbeits- stätte
Handel	44 300	671 000	151,5	5,7
darunter:				
Großhandel	3 800	148 700	391,3	96,7
Einzelhandel b)	37 100	488 500	13,2	4,1
Verkehrsgewerbe	16 000	200 000	12,6	7,9
darunter:				
Straßengüterverkehr	7 050	66 200	9,4	6,2
Spedition, Lagerei, Reisevermittlung	1 350	25 500	18,8	0,1
Dienstleistungen von Unter- nehmen und Freien Berufen	47 100	492 400	10,5	5,6
darunter:				
Gastgewerbe c)	16 200	115 900	7,2	4,4
Wäscherei, Reinigung, Heißmanglei	1 100	27 000	24,5	4,3
Friseurgewerbe, Kosmetik	5 700	50 000	8,8	3,6
Verlagsgewerbe	200	11 700	58,5	16,4
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	2 100	15 800	7,5	5,0
Technische Beratung und Planung	3 250	55 000	16,9	4,5
Nachrichtlich:				
Alle Dienstleistungsbereiche	113 600	1 810 000	15,9	5,0

a) 1987.- b) Einschließlich von Teilen des Gaststättengewerbes der ehemaligen HO.- c) Ohne Teile des Gaststättengewerbes der ehemaligen HO.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schätzung des IfW.

V. Kommunale Verwaltung

Die Klagen über einen schleppenden Verwaltungsvollzug reißen nicht ab. Engpässe bestehen insbesondere auf kommunaler Ebene - bei der Erstellung von Flächennutzungsplänen, der Erteilung von Baugenehmigungen, der Klärung offener Vermögensfragen und bei der Bearbeitung von Grundbuchakten. Dadurch werden vielerorts Investitionen verzögert oder gar zunichte gemacht.

Die Hauptursachen für diese Engpässe liegen sowohl in einer unzureichenden Personalausstattung in den administrativen Kernbereichen als auch in der unzureichenden Qualifikation der Mitarbeiter. Geradezu katastrophal ist die Situation bei den Ämtern für offene Vermögensfragen. Nach Auskunft des zuständigen Bundesamtes sind derzeit 20 000 Mitarbeiter mit der Prüfung von Restitutionsansprüchen, der Ausstellung von Investitionsbescheinigungen und vielem mehr beschäftigt, aber es sollten eigentlich doppelt so viele sein. Das Bundesamt geht davon aus, daß die Bearbeitung der rund 2 Millionen Rückgabeanträge - derzeit sollen erst etwa 5 vH bearbeitet sein - noch 10 Jahre dauern wird. Dabei

beschäftigen die Kommunen insgesamt keinesfalls zu wenig Personal. Doch es fällt ihnen offensichtlich schwer, die Stellen entsprechend den veränderten Aufgaben umzuschichten. Das hängt zum Teil mit Regelungen des Einigungsvertrages zusammen, die eine Übernahme aller Beschäftigten der kommunalen Einrichtungen vorschreiben - darunter auch die Beschäftigten solcher Einrichtungen, deren Betrieb in den alten Bundesländern nicht zum Aufgabenbereich der Kommunen gehört. Die Kommunen können, anders als die Länder und andere staatliche Einrichtungen, überzähliges Personal nicht "abwickeln". Dadurch werden finanzielle Mittel gebunden, die zur Einstellung von Personal für die administrativen Kernbereiche fehlen. Nach den Ergebnissen der Berufstätigenzählung gab es Ende 1990 bei den ostdeutschen Gebietskörperschaften (eine Untergliederung nach einzelnen Ebenen liegt nicht vor) 120 000 Beschäftigte in Heimen (darunter 64 000 in sogenannten Tagesheimen) und 91 000 Beschäftigte in Kindergärten und Horten - allesamt Bereiche, die in den alten Bundesländern nicht zu den eigentlichen Aufgabengebieten der Kommunen gehören (Tabelle 22).

Tabelle 22 - Personalstruktur des Öffentlichen Dienstes in Ostdeutschland Ende 1990

	1000	vH
Gebietskörperschaften insgesamt	1 645	100,0
darunter:		
Hoheitsverwaltung	574	34,9
Heime	120	7,3
Kindergärten, Horte	91	5,5
Krankenhäuser a)	165	10,0
Polikliniken, Ambulatorien	160	9,7
Allgemeinbildende Schulen	242	14,7
Berufsschulen	39	2,4
Kulturelle Einrichtungen, Sportstätten	47	2,9

a) Ohne Hochschulkliniken.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Es fehlt allerdings nicht nur an Geld, sondern allenthalben auch an kompetenten Fachleuten. Sie lassen sich unter den ostdeutschen Bewerbern nur schwer finden. Die Bundesregierung unterstützt deshalb finanziell den Personaltransfer von den alten in die neuen Bundesländer. So hat sie einen Personalkostenzuschußfonds eingerichtet, der im letzten Jahr mit einem Betrag von 100 Mill. DM ausgestattet war. Daraus wird den Kommunen in den neuen Bundesländern die Differenz zwischen dem Ost- und dem Westgehalt (etwa 40 vH plus Zulagen) erstattet. Dieses Programm wurde indes erst in rund 1 000 Fällen in Anspruch genommen. Auch eine Personalbörse, die vom Bundesinnenminister in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden eingerichtet wurde, war wenig erfolgreich. Zwar haben sich bisher über 3 000 westdeutsche Verwaltungsfachleute für eine Tätigkeit in Ostdeutschland beworben, es gingen aber nur 600 Stellenangebote ein; lediglich 150 Bewerber konnten vermittelt werden. Das geringe Interesse der ostdeutschen Kommunen ist schwer zu erklären. Genannt werden von den Kommunen immer wieder Unsicherheiten im Zusammenhang mit der bevorstehenden Gebietsreform. Die Kommunen scheuen daher die finanziellen Belastungen, die sich aus neuen langfristigen Personalverpflichtungen ergeben. Dies ist wohl der Grund dafür, daß sie bei ihren Offerten zwar häufig attraktive Führungspositionen ausschreiben, aber nur kurzfristige Verträge abschließen wollen. Aber auch die vergleichsweise hohen Ansprüche, die westdeutsche Bewerber etwa in bezug auf

Wohnraumqualität, Verkehrsanbindung, schulische Versorgung und Umweltbedingungen haben, stehen einem Vertragsabschluß letztlich oftmals im Wege.

VI. Existenzgründungen

Die Welle von Existenzgründungen ist weiterhin sehr hoch, offensichtlich hat sie aber ihren Scheitelpunkt überschritten. Im Jahre 1991 wurden in den fünf neuen Bundesländern und in Ost-Berlin rund 290 000 Gewerbe angemeldet (Tabelle 23), mehr als im Jahre 1990. Die Anzahl der monatlichen Anmeldungen hat sich allerdings von etwa 25 000 zu Beginn des Jahres auf zuletzt weniger als 20 000 reduziert. Dieser Rückgang ist wohl Ausdruck einer Normalisierung.

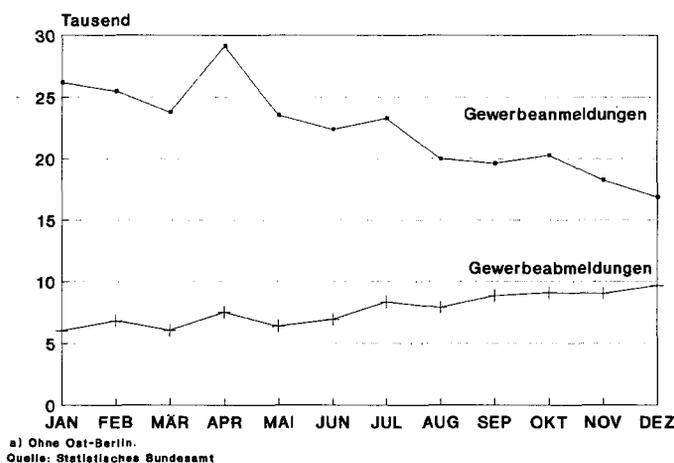
Auch die Anzahl der Abmeldungen hat sich erhöht - von monatlich rund 6 000 am Jahresbeginn auf knapp 10 000 am Jahresende. Insgesamt wurden im Jahre 1991 von den Gewerbeämtern rund 100 000 Löschungen registriert, reichlich 70 000 mehr als im Jahre 1990. Das ist ebenfalls nicht ungewöhnlich, weil es zu einem Gründungsboom gehört, daß die Zahl der Firmen, die die Startphase nicht überstehen, hoch ist. Gleichwohl muß gesehen werden, daß sich der Überschuß der Gründungen über die Liquidationen - zuletzt lag der monatliche Saldo erheblich unter 10 000 - kontinuierlich verringert (Schaubild 2).

Tabelle 23 - Gewerbebeanmeldungen und -abmeldungen 1991

	Gewerbebeanmeldungen				Gewerbeabmeldungen			
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter			
		Handwerk			Handel u. Gaststätten			
		Anzahl	in vH		Anzahl	in vH		
Brandenburg	49 400	3 700 7,5	24 200 49,0	17 600	1 900 10,8	8 900 50,6		
Mecklenburg-Vorpommern	30 700	3 100 10,1	13 700 44,6	10 400	1 000 9,6	4 500 43,3		
Sachsen	92 000	8 900 9,7	42 500 46,2	30 800	4 600 14,9	14 300 46,4		
Sachsen-Anhalt	45 000	5 100 11,3	21 300 47,3	15 500	2 200 14,2	7 700 49,7		
Thüringen	51 900	4 900 9,4	25 900 49,9	18 500	2 400 13,0	9 700 52,4		
Insgesamt	269 000	25 700 9,5	127 600 47,4	92 800	12 100 13,0	45 100 48,6		
Nachrichtlich:								
Ost-Berlin	19 300	.	7 600 39,4	5 700	.	2 200 38,6		

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Schaubild 2: Entwicklung der Gewerbebeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen in Ostdeutschland 1991 a)



Die Statistik der Gewerbeanzeigen überzeichnet das tatsächliche Ausmaß der Gründungsaktivitäten. Neben Neuerrichtungen von Betrieben schließt sie Übernahmen von bestehenden Unternehmen, Änderungen der Gesellschaftsform und Verlegungen des Unternehmenssitzes ein. Außerdem folgt der Anmeldung eines Gewerbes nicht immer die Aufnahme einer Geschäftstätigkeit. Ähnliches gilt für die Gewerbeabmeldungen. Die Aufgabe einer Gewerbetätigkeit wird oftmals nicht unverzüglich angezeigt, mitunter wird eine Abmeldung "vergessen". Man kann davon ausgehen, daß die amtlichen Daten die Anzahl der echten Neugründungen wie die der Liquidationen um etwa ein Drittel überzeichnen. Freilich gibt es nicht nur Abzugsposten: So sind die Eröffnung und Schließung von Praxen in einer Reihe von Freien Berufen, wie etwa bei Ärzten oder Rechtsanwälten, nicht eintragungspflichtig. Auch Landwirte, die ihren früheren Hof wieder bewirtschaften, werden von der Statistik nicht erfaßt. Dennoch ist diese Statistik, wie Kontrollrechnungen zeigen, ein brauchbarer Indikator für das absolute Niveau. Überschlägig geschätzt dürfte es Ende 1991 in den neuen Bundesländern 350 000 selbständige Existenzen gegeben haben; vor der "Wende" waren es 100 000. Der Zuwachs von 250 000 ist also deutlich geringer als der kumulierte Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen (seit Anfang 1990: rund 440 000). Von den Gewerbebeanmeldungen entfielen 1991 etwa 90 vH auf den Handel und das Sonstige Dienstleistungsgewerbe; bei den Abmeldungen waren es etwa 80 vH. In den produzierenden Bereichen war das Gründungsgeschehen nur im Handwerk recht lebhaft; in der Industrie war die Anzahl der Neugründungen sehr gering.

Eine tiefere Gliederung der Gewerbeanzeigen, wie sie für Ost-Berlin vorliegt (Tabelle 24 und 25), zeigt, daß es nach wie vor gerade in jenen Wirtschaftszweigen zu überdurchschnittlich vielen Existenzgründungen in Bereichen kommt, in denen auch die Zahl der Gewerbeabmeldungen sehr hoch ist. Beispiele sind der Betrieb einer Imbißbude, eines Getränkeshops, eines Taxis oder die Tätigkeit als Versicherungsvertreter. Es dürfte sich dabei hauptsächlich um Aktivitäten handeln, die nur nebenberuflich oder zur Überbrückung von Arbeitslosigkeit ausgeübt werden.

Ein Vergleich von Bestands- und Bewegungszahlen, wie er beispielhaft für den Bezirk Berlin-Lichtenberg vorgenommen wurde, verdeutlicht denn auch, daß die Fluktuationsraten noch immer sehr hoch sind. Dort sind zu den 2 949 am Jahresanfang 1991 eingetragenen Unternehmen 2 742 hinzugekommen und 777 wieder gelöscht worden (Tabelle 26). Die Jahresabgangsrate (Anzahl der Abmeldungen bezogen auf die Anzahl der zu Jahresbeginn existierenden Unternehmen) liegt mit 26 vH mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Auch hat sich die Struktur des Unternehmensbestandes im Jahresverlauf verändert: Der Anteil der Handelsbetriebe ist von 29 vH auf 34 vH gestiegen, der Anteil der Handwerksbetriebe von 23 vH auf 16 vH zurückgegangen. Diese Zahlen sind - ebenso wie der allmählich schrumpfende Überschuß der Gewerbebeanmeldungen gegenüber den -abmeldungen - ein Indiz dafür, daß sich die Unternehmensstrukturen, die sich derzeit in Ostdeutschland herausbilden, noch stark im Wandel begriffen sind.

Tabelle 24 - Struktur der Gewerbeanzeigen im Dienstleistungssektor in Ost-Berlin 1991 (in vH)

	Gewerbebeanmeldungen		Gewerbeabmeldungen	
	Insgesamt a)	darunter: Neuerrichtung eines Betriebes b)	Insgesamt a)	darunter: Aufgabe eines Betriebes b)
Handel	38,1	86,9	38,6	79,8
darunter:				
Großhandel	4,1	83,1	3,2	59,5
Einzelhandel	25,5	84,1	27,1	79,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6,3	92,8	7,0	82,4
davon:				
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5,6	94,1	6,0	84,4
Spedition, Lagerei, Verkehrs- vermittlung	0,7	83,6	1,1	71,2
Kreditinstitute und Versicherungs- unternehmen	23,3	98,5	18,3	93,1
Sonstige Dienstleistungen	32,3	83,5	36,1	75,4
darunter:				
Gastgewerbe	5,9	47,2	7,6	63,7
Wäschereien, Körperpflege,				
Fotoateliers	3,1	87,9	4,0	79,4
Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung	1,8	90,6	3,4	81,9
Bildung, Wissenschaft, Kultur,				
Sport, Unterhaltung	3,3	90,4	4,5	74,4
Verlagsgewerbe	0,5	74,1	0,4	71,4
Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, techn. Planung und Beratung, Werbung	13,1	93,3	13,3	80,5
Nachrichtlich:				
Anteil der Gewerbeanzeigen im Dienst- leistungsbereich an den Gewerbe- anzeigen aller Wirtschaftsbereiche	89,3	91,7	84,7	87,0

a) Summe aller Gewerbebeanmeldungen bzw. -abmeldungen im Dienstleistungsbereich = 100.- b) Summe aller Gewerbebeanmeldungen bzw. -abmeldungen des jeweiligen Dienstleistungsbereiches = 100.

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin.

Tabelle 25 - Struktur der Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen in Ost-Berlin 1991

	Insgesamt		darunter:	
			Neuerrichtung und Aufgabe von Betrieben	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Dienstleistungssektor				
Anmeldungen	17 231	100	15 315	88,9
Abmeldungen	4 823	100	3 899	80,8
Saldo	12 408	100	11 416	92,0
Übrige Bereiche a)				
Anmeldungen	2 066	100	1 390	67,3
Abmeldungen	871	100	582	66,8
Saldo	1 195	100	808	67,6
Insgesamt				
Anmeldungen	19 297	100	16 705	86,6
Abmeldungen	5 694	100	4 481	78,7
Saldo	13 603	100	12 244	90,0

a) Land- und Forstwirtschaft; Fischerei; Verarbeitendes Gewerbe; Baugewerbe.

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin.

Tabelle 26 - Gewerbeentwicklung a) im Bereich des Bezirksamtes Berlin-Lichtenberg 1991

	Insgesamt		darunter:					
			Handwerk		Handel		Sonstige Dienstleistungen	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Eingetragene Gewerbebetriebe (31.12.90)	2 949	100,0	670	22,7	866	29,4	1 364	46,3
Anmeldungen (1.1.-31.12.91)	2 742	100,0	207	7,5	1 086	39,6	1 389	50,7
Abmeldungen (1.1.-31.12.91)	777	100,0	86	11,1	280	36,0	400	51,5
Eingetragene Gewerbebetriebe (31.12.91)	4 914	100,0	791	16,1	1 672	34,0	2 353	47,9

a) Ohne Ambulantes Reisegewerbe.

Quelle: Bezirksamt Berlin-Lichtenberg.

VII. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften

In den neuen Bundesländern spielen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften eine große Rolle. Sie wurden anfangs als Auffanggesellschaften von Unternehmen gegründet. In zunehmendem Maße sind aber auch überbetriebliche Gesellschaften initiiert worden, deren Träger überwiegend Kommunen, Landkreise und Gewerkschaften sind. Über die Aktivitäten dieser Gesellschaften ist bisher wenig bekannt. Deshalb ist das DIW dabei, Ziele, Aufgaben und Bedeutung dieser Gesellschaften zu untersuchen. Im folgenden werden erste Ergebnisse dargestellt.

Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften¹⁾ sind vorwiegend Auffangbecken für Arbeitskräfte aus Massentlassungen. Ihnen soll ein neues Beschäftigungsfeld eröffnet und die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtert werden.²⁾ Zu diesem Zweck bieten die Gesellschaften Arbeitsbeschaffungs- und/ oder Qualifizierungsmaßnahmen an.

Bisher haben sich folgende Tätigkeitsschwerpunkte herausgebildet:

- Sanierung von Betriebsflächen und -gebäuden (einschließlich der Herrichtung von Werkstätten und Verwaltungseinheiten für Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften);
- Umweltschutzmaßnahmen (beispielsweise die Beseitigung wilder Mülldeponien);
- Landschaftsgärtnerei sowie das Anlegen von Parks, Rad- oder Wanderwegen;
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur (beispielsweise durch die Renovierung von Kindergärten und Spielplätzen);
- sonstige Dienstleistungen (beispielsweise im Sport- und Freizeitbereich).

Organisatorische und finanzielle Voraussetzungen derartiger Gesellschaften waren lange Zeit umstritten. Im Juli 1991 trafen Treuhandanstalt, Gewerkschaften, Arbeitgeber und die ostdeutschen Landesregierungen eine Rahmenvereinbarung zur Bildung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften. Danach wurde in jedem neuen Bundesland eine Trägergesellschaft gegründet. Diese Dachgesellschaften sollen bereits bestehende sowie neu zu gründende Gesellschaften beraten und unterstützen, vor allem bei der Ausschöpfung von Fördermitteln. Die Treuhandanstalt ist mit 10 vH am Gesellschaftskapital beteiligt.

Nach der Rahmenvereinbarung soll die Treuhandanstalt ihre Unternehmen zur sachlichen, personellen und finanziellen Unterstützung der Gesellschaften anhalten. Diese Unterstützung ist jeweils in Kooperationsverträgen, nicht jedoch in Form einer gesellschaftsrechtlichen Beteiligung zwischen

1) Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften sind selbständige Wirtschaftseinheiten. Sie werden ganz überwiegend als gemeinnützige GmbH oder eingetragener Verein, in wenigen Fällen auch als Stiftung geführt.

2) Die verschiedenen Ziele drücken sich aus in den verschiedenen Bezeichnungen, die es für diese Gesellschaften gibt. Einige werden als reine Auffanggesellschaften bezeichnet, in dem Sinne, daß sie einen (größeren) Teil der Belegschaft eines Betriebes übernehmen, der ansonsten seine Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit entlassen hätte. Dagegen stellen Arbeitsförderungsgesellschaften, beispielsweise in Brandenburg im Sofortprogramm "Arbeit für Brandenburg", Strukturförder- oder regionale Entwicklungsgesellschaften stärker auf den Strukturwandel ab, zu dem sie durch ihre Aktivitäten einen Beitrag leisten wollen.

Treuhandunternehmen und Trägergesellschaft festgelegt. Dabei handelt es sich vor allem um die kostenlose Bereitstellung von Räumen und Sachmitteln sowie um personelle Hilfen für das Management, aber auch die Vorfinanzierung von Maßnahmen durch das Unternehmen fällt darunter.

Die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften werden überwiegend durch die Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) finanziert. Das größte Gewicht haben Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und zur Qualifizierung. In den neuen Bundesländern wurden zunächst die Anwendungsmöglichkeiten des AFG verbreitert und der Zugang zu den Maßnahmen erleichtert; dies begünstigte den Aufbau von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften. Im vergangenen Jahr wurden die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen so stark in Anspruch genommen, daß die Bundesanstalt für Arbeit für das laufende Jahr Einschränkungen vornahm und die Modalitäten änderte: Danach sind Neueintritte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für 1992 auf insgesamt 150 000 begrenzt worden, im Jahr zuvor waren es noch knapp 400 000; durch Lohnkostenzuschüsse soll die Beschäftigung von Problemgruppen stärker als bisher gefördert werden und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen stärker mit Fortbildung und Umschulung kombiniert werden.

Von diesen Regelungen sind zunächst vor allem die noch nicht angelaufenen Projekte betroffen. Aber auch die bestehenden Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften haben - wie von der Bundesanstalt für Arbeit intendiert - offensichtlich kurzfristig mit konzeptionellen Veränderungen und Umstrukturierungen im Maßnahmenangebot reagiert: Sie bieten bereits verstärkt Teilzeit-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an, kombinieren diese Maßnahmen mit Fortbildung und Umschulung und sprechen so gezielter die Problemgruppen des Arbeitsmarktes an.

Die Sanierung von Betrieben oder von Flächen, die zum Treuhand-Vermögen gehören, darf fortan nicht mehr im Rahmen von ABM durchgeführt werden, es sei denn, es liegt ein unmittelbares öffentliches Interesse vor.¹⁾ Zwar war der öffentliche Nutzen immer schon eine Förderungsvoraussetzung des AFG, dennoch wurden im Vorjahr viele Sanierungsmaßnahmen auch für nicht öffentlich genutzte Flächen bewilligt, das Kriterium "öffentliches Interesse" also breiter ausgelegt. So konnten Produktionsstätten, die nicht in öffentlicher Hand waren, durchaus im Rahmen von ABM saniert werden, zum Beispiel durch die Beseitigung von Geruchsbelästigungen, die von früherer Viehhaltung ausgingen. Die Bundesanstalt für Arbeit will die Förderung von ABM nunmehr ausschließlich davon abhängig machen, ob die zu sanierenden Flächen oder Gebäude öffentlich sind oder nicht.

Für eine Übernahme von Kurzarbeitern aus Betrieben in Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften bieten die rechtlichen Regelungen zur Kurzarbeit wichtige Voraussetzungen. Für Ostdeutschland gab und gibt es im Hinblick auf Kurzarbeit einige Besonderheiten. Befristet bis zum 31.12.1991 wurde Kurzarbeit auch bei nicht nur vorübergehendem Arbeitsausfall genehmigt. Zudem gab

1) Vgl. Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit vom 20.12.1991, S. 6. Auch die Sanierung von ehemals militärischen Anlagen ist nur dann mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu fördern, wenn die Geländefläche in das Eigentum der Kommune übertragen und einer Nutzung im öffentlichen Interesse zugeführt worden ist, beispielsweise bei Kasernensanierung zu Wohnzwecken mit Sozialbindung oder der Anlage von Erholungslandschaften u.ä.m.

es die Möglichkeit zur "Kurzarbeit-Null", also Kurzarbeit bei vollständigem Arbeitsausfall. Nach dem Auslaufen dieser Regelung ist "Kurzarbeit-Null" immer noch möglich, wenn der "Arbeitsausfall auf einer schwerwiegenden strukturellen Verschlechterung" beruht. Von Bedeutung ist auch die Bestimmung, daß Kurzarbeiter befristet bis zum 31.12.1992 den Arbeitslosen faktisch gleichgestellt und damit direkt in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelbar sind oder unmittelbar in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eintreten und/oder zugleich an beruflichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen können.²¹⁾

Zum Ende des Jahres waren mehr als 300 Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften erfaßt. Nach Angaben der Treuhandanstalt gibt es derzeit rund 250 Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften von Treuhandunternehmen, in denen 200 000 Menschen arbeiten. An knapp 60 vH dieser Gesellschaften sind Treuhandunternehmen direkt gesellschaftsrechtlich beteiligt. Mit den übrigen wurden vielfach Kooperationsverträge abgeschlossen. Nach einer vorläufigen Einschätzung der Treuhandanstalt sind mehr als 40 vH der in den Gesellschaften Beschäftigten im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und etwa ein Viertel in Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung tätig und etwa ein weiteres Viertel befindet sich in Kurzarbeit. Für diese Maßnahmen stellt die Treuhandanstalt in den Jahren 1991 und 1992 fast 90 Mill. DM bereit.

Eine nicht unbedeutende Zahl von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften strebt die Neugründung als gewinnerzielendes Unternehmen an. Offenbar haben es bisher aber nur wenige geschafft, marktfähige Dienstleistungen oder Produkte anzubieten.

VIII. Spezialthemen

1. Umwandlungs- und Anpassungsprozesse bei den ehemaligen Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH)

Im Handwerk der DDR gab es Ende 1989 rund 2 700 Produktionsgenossenschaften (PGH) mit zusammen 161 000 Mitgliedern (Tabelle 1). Die PGH's konzentrierten sich auf drei Bereiche: auf das Bauhandwerk, das sonstige produzierende Handwerk und auf das Dienstleistungshandwerk. Die Produktionsgenossenschaften erbrachten etwa zwei Fünftel aller handwerklichen Leistungen und spielten eine wichtige Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen.

Die PGH's zählten nach offiziellem Sprachgebrauch zu den "sozialistischen Betrieben". Sie waren den Räten der Kreise und der Städte unterstellt sowie in das System der staatlichen Planung integriert. Gleichwohl ähnelten sie privatwirtschaftlichen Genossenschaften, denn sie wirtschafteten - gewinnorientiert - auf eigene Rechnung. Ein Teil der Gewinne konnte an die Mitglieder ausgeschüttet werden, ein anderer war verschiedenen Fonds (persönlicher Fonds, Konsumationsfonds, Grundmittelfonds usw.)

1) Von der Möglichkeit, an Bildungsmaßnahmen teilnehmen zu können, haben 1991 rund 70 000 Kurzarbeiter Gebrauch gemacht. Vgl. Presseinformation der Bundesanstalt für Arbeit vom 09.01.1992, a. a. O.

zuzuführen, über die eine PGH nur teilweise verfügen konnte und aus denen auch betriebsfremde Ausgaben finanziert werden mußten. Die PGH's arbeiteten im Durchschnitt wirtschaftlicher als die Kombinate und volkseigenen Betriebe. Man kann davon ausgehen, daß sich Mitbesitz und Mitverantwortung positiv auf das wirtschaftliche Ergebnis auswirkten.

Tabelle 1 - Mitglieder von Produktionsgenossenschaften des Handwerks nach Handwerkszweigen a) Ende 1989, 1990 und 1991

	1 000			Veränderung 1991/89	
	1989	1990	1991	1 000	vH
Insgesamt	161	76	50	- 111	- 68,9
darunter:					
Bauhandwerk	50	32	22	- 28	- 56,0
Sonstiges produzierendes Handwerk	71	22	12	- 59	- 83,0
Maschinen- und Fahrzeugbau	20	4	.	.	.
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	23	4	.	.	.
Holzbearbeitung	7	3	.	.	.
Dienstleistungshandwerk	40	22	16	- 24	- 60,0

a) Branchenmäßige Zuordnung nur näherungsweise mit der Wirtschaftszweigstatistik des Statistischen Bundesamtes vergleichbar.

Quelle: Statistisches Amt der DDR; Statistisches Bundesamt; Verband Deutscher Produktivgenossenschaften und Partnerschaftsunternehmen; Schätzung des IfW.

Der Übergang zur Marktwirtschaft wurde für die PGH's durch die am 8. März 1990, noch vor den Volkskammerwahlen von der Regierung Modrow erlassene "Verordnung zur Gründung und Tätigkeit und Umwandlung der Produktivgenossenschaften des Handwerks" geregelt. Sie ermöglichte es

- den PGH's, sich in eine beliebige Personen- oder Kapitalgesellschaft (insbesondere KG, OHG, GmbH oder AG) umzuwandeln, und
- jenen Mitgliedern, die nicht in die neue Gesellschaft eintreten wollten, auf ihren persönlichen Anteil am unteilbaren genossenschaftlichen Fonds zurückzugreifen, der ihnen nach dem alten PGH-Statut nicht zustand.

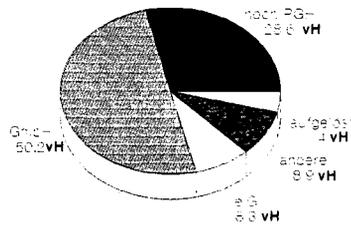
Diese Verordnung wurde vom Einigungsvertrag übernommen und in einem entscheidenden Punkt präzisiert: Bis zum 31. Dezember 1992 müssen alle PGH's ihre Umwandlung in eine andere Rechtsform eingeleitet haben; andernfalls werden sie durch Gerichtsbeschluß aufgelöst.

Die Existenz vieler Betriebe kann gefährdet sein, wenn Teile des Betriebsvermögens liquidiert werden müssen, um ausscheidende Mitglieder auszahlen zu können. Welche Bedeutung diese Bestimmung in der Praxis hat, läßt sich derzeit noch nicht absehen. Nach Angaben des Verbandes Deutscher Produktivgenossenschaften und Partnerschaftsunternehmen (vdp) ist bisher nur ein sehr kleiner Teil der PGH's (4 vH) liquidiert worden, und zwar überwiegend aus wirtschaftlichen Gründen (Schaubild 3). Daß nicht mehr PGH's aufgelöst wurden, mag auch daran liegen, daß eine ganze Reihe von Betrieben die Auszahlungsbegehren ausscheidender Mitglieder durch das Einlegen von Rechtsmitteln blockiert

haben.¹⁾ Der größere Teil der PGH's (67 vH) hat die Umwandlung in andere Rechtsformen eingeleitet oder bereits vollzogen.²⁾ Der kleinere Teil (29 vH) war Ende 1991 noch in der alten Rechtsform tätig (Tabelle 2). Die im Durchschnitt hohe Anzahl von Umwandlungen (Ende 1991 gab es nur noch 758 Genossenschaften nach altem Recht) verdeckt allerdings starke regionale Unterschiede. So hatten im Kammerbezirk Chemnitz schon 95 vH der PGH's die Rechtsform gewechselt oder sich aufgelöst, im Bezirk Dresden indes erst 52 vH.

Bemerkenswert ist, daß von den PGH's, die ihre Umwandlung schon eingeleitet oder vollzogen haben, drei Viertel die Rechtsform der GmbH gewählt haben. Nur jede achte entschied sich dafür, den Betrieb als eingetragene Genossenschaft (e. G.) weiterzuführen. Für die Beibehaltung der genossenschaftlichen Produktionsweise votierten in erster Linie solche Betriebe, die verschiedene arbeitsteilig miteinander verknüpfte Gewerbe unter ihrem Dach vereinen, wie Maler, Tischler und Installateure. Andere Gewerbe dagegen, die wie Bäcker, Fleischer, Optiker oder Uhrmacher unabhängig voneinander arbeiten,

Schaubild 3: Stand der Umwandlung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks (Dezember 1991)



Quelle: Verband Deutscher Produktivgenossenschaften und Partnerschaftsunternehmen

Tabelle 2 - Produktionsgenossenschaften des Handwerks Ende 1989 und 1991

	Insgesamt		darunter: Kammerbezirk			
			Dresden		Chemnitz	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Bestand: Ende 1989	2 653	x	265	x	350	x
Ende 1991	758	x	126	x	18	x
Veränderung:	- 1 895	-71,4	-139	-52,5	-332	-94,9
darunter durch						
Umwandlung in GmbH	- 1 332	-50,2	101	-38,1	237	67,7
in e.G.	- 221	8,3	8	- 3,0	49	-14,0
Liquidation	- 106	- 4,0	-	-	12	- 3,4

Quelle: Verband Deutscher Produktivgenossenschaften und Partnerschaftsunternehmen.

- 1) Der rechtliche Gehalt der Umwandlungsverordnung ist umstritten. Es ist unklar, ob die Bestimmungen zur Teilung des genossenschaftlichen Eigentums mit dem Umwandlungsrecht der Bundesrepublik vereinbar ist. Dazu sind bei den Gerichten Klagen anhängig.
- 2) Die Umwandlung ist erst mit der Eintragung beim Registergericht vollzogen. Viele ehemalige PGH's haben die Umwandlung beschlossen, aber die Gerichte verweigern wegen formaler oder materieller Fehler vielfach noch die Eintragung.

entschieden sich dagegen in der Regel für die Umwandlung in eine GmbH, soweit sie nicht die Rechtsform der Einzelfirma vorzogen.

Nicht immer waren die PGH's bei der Wahl einer neuen Rechtsform frei. Mitunter gab es Druck von seiten potentieller Zulieferer oder Abnehmer. So mußten sich die PGH's des Kraftfahrzeughandwerks in aller Regel für eine nicht-genossenschaftliche Rechtsform entscheiden. Anderenfalls hätten die Automobilhersteller sich geweigert, Händlerverträge mit ihnen abzuschließen.

Vielen PGH's macht freilich nicht nur die rechtliche, sondern mehr noch die wirtschaftliche Umstellung zu schaffen. Das gilt vor allem für jene Betriebe, die früher als Vorlieferanten für Kombinate und volkseigene Betriebe sowie für andere staatliche Einrichtungen tätig waren und die sich nun neue Auftraggeber suchen müssen. Vor allem traditionelle Handwerke wie Schneider, Polsterer und Stricker, die in der Planwirtschaft noch ihr Auskommen fanden, tun sich unter den veränderten Bedingungen schwer. Teilweise sind diese Gewerke ausgegliedert oder liquidiert worden. Andere Handwerke dagegen haben die Umstellung dagegen besser bewältigt. Das gilt vor allem für solche, die von der kräftig expandierenden Nachfrage staatlicher und privater Investoren begünstigt werden. Nach einer Einschätzung des vdp hat sich seit dem Frühjahr 1991 vor allem die wirtschaftliche Situation der genossenschaftlichen Betriebe in den Bereichen des Bauhaupt- und des Baunebengewerbes deutlich verbessert. Hier wird der Umsatzzuwachs für das zweite Halbjahr 1991 auf 20-40 vH veranschlagt. Auch bei den meisten Dienstleistungshandwerken - insbesondere bei Frisören, Wäschereien, Fußpflegern und Raumausstattern - ist es nach anfänglich schweren Umsatzeinbrüchen mittlerweile zu einer Erholung der Nachfrage und einem Wiederanstieg der Umsätze gekommen.

Alle PGH's, ob sie sich schon umgewandelt haben oder ob sie noch in alter Rechtsform bestehen, haben ihren Personalbestand reduzieren müssen, wenn auch mit 10-20 vH durchweg weniger als die nicht-genossenschaftlichen staatlichen Betriebe. Zudem ist ein starker Mitgliederschwund aufgrund eingeleiteter oder vollzogener Umwandlungen zu verzeichnen. Nach den Ergebnissen der Berufstätigenzählung gab es Ende 1990 noch 76 000 Mitglieder in genossenschaftlichen Betrieben, 85 000 weniger als Ende 1989. Neuere Zahlen liegen nicht vor; nach Schätzungen des vdp waren es Ende 1991 noch 50 000.

Die Anhänglichkeit an die genossenschaftliche Produktionsweise ist je nach Handwerkszweig sehr unterschiedlich. Sie ist offensichtlich weiterhin sehr groß im Frisörgewerbe - dort waren Ende 1990 noch fast die Hälfte als Genossenschaftsmitglieder registriert (Tabelle 3). Auch in einigen anderen Handwerkszweigen, so bei den Orthopädienschuhmachern, ist die genossenschaftliche Produktionsweise noch stark verbreitet.

Ein Problem war für die PGH's anfangs die Beschaffung von Mitteln für Investitionen. Nicht alle PGH's konnten auf gutgefüllte "Reservefonds" zurückgreifen. Teilweise waren diese Fonds vor der Wende zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben "herangezogen" worden. Inzwischen hat sich die Finanzierungslage bei der Mehrzahl der Betriebe deutlich entspannt, nicht zuletzt aufgrund der staatlichen Investitionsförderprogramme.

Die Zukunft der noch existierenden 750 Genossenschaften, aber auch die vieler in eine andere Rechtsform umgewandelter Betriebe ist gleichwohl ungewiß. Es bleibt abzuwarten, ob eine Unter-

Tabelle 3 - Schwerpunkte genossenschaftlicher Produktion im Handwerk - Mitglieder von PGH's nach Handwerkszweigen Ende 1990

	Anzahl	vH a)		Anzahl	vH a)
Frisörgewerbe	19 608	46,3	Fleischereien	1 128	4,3
Elektroinstallation	4 818	13,4	Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung	1 125	2,9
Malerei, Lackiererei	3 878	18,0	Bautischlerei	892	5,8
Klempnerei	3 615	15,4	Reparaturen von Schuhen, Schirmen etc.	856	19,7
Reparaturen von Kraftfahrzeugen	3 348	5,0	Bäckereien, Konditoreien	843	2,9
Hochbau	3 239	8,2	Tiefbau	836	1,1
Dachdeckerei	2 509	16,8	Maßanfertigung von Schuhen	821	34,2
Reparatur von Elektrogeräten	1 937	14,3	Damenschneiderei	817	13,0
Heizungsinstallation	1 404	4,8	Verlegung von Fliesen	616	12,3
Herstellung von Holzmöbeln	1 269	3,6	Herstellung von Pin- seln, Besen	603	16,4

a) In vH der Beschäftigten des jeweiligen Handwerkszweiges.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

nehmensform, die ganz wesentlich auf der Identität von Arbeits- und Mitgliedsverhältnis beruht, sich unter den Bedingungen der Marktwirtschaft bewähren wird. Die handwerklichen Produktionsgenossenschaften haben durchschnittlich 50 Mitglieder (vergleichbare Handwerksbetriebe in Westdeutschland haben acht Beschäftigte). Die Reibungsverluste bei solch großen Kooperativen sind normalerweise erheblich. Hinzu kommt, daß der Förderauftrag des Genossenschaftsrechtes die Produktionsgenossenschaften auf das Wohl aller Mitglieder verpflichtet; dies kann zu Zielkonflikten führen, etwa dann, wenn überzählige Arbeitsplätze abgebaut werden müssen.

Das Schicksal der ehemaligen Produktionsgenossenschaften wird auch davon abhängen, inwieweit sie ihre Mitglieder zusammenhalten können. Weil der Gesetzgeber das Ausscheiden mit dem Auszahlen verknüpft hat - bei der eingetragenen Genossenschaft nach bundesdeutschem Recht gibt es eine solch enge Verknüpfung nicht -, schwebt über allen ehemaligen PGH's das Damoklesschwert einer existenzgefährdenden Verringerung des Betriebsvermögens. Erforderlich sind deshalb Regelungen, die den Interessen beider Seiten - der verbleibenden Seite wie der ausscheidenden Mitglieder - gerecht werden. Eine wichtige Hilfe in diesem Zusammenhang wäre z.B. eine Tilgungsstreckung.

2. Zum Stand der Abwicklung der Außenhandelsbetriebe der ehemaligen DDR

In der ehemaligen DDR war der staatliche Handel in Binnenhandel (Einzelhandel, Großhandel, Gastgewerbe) und Außenhandel gegliedert. Das Import- und Exportmonopol wurde von rund 45 volkseigenen Außenhandelsbetrieben ausgeübt. Die Absicht der Treuhandanstalt, diese bis Ende 1991 zu privatisieren bzw. zu liquidieren, konnte nicht verwirklicht werden: Tatsächlich waren bis dahin erst zwei Drittel der Außenhandelsbetriebe "abgewickelt", das verbleibende Drittel soll die Geschäftstätigkeit bis Mitte dieses Jahres einstellen. Die Forschungsstelle für den Handel, Berlin (FfH), hat dies zum Anlaß genommen, den Verlauf der "Abwicklung" durch die Treuhandanstalt vertiefend darzustellen.

Wirtschaftliche Lage

Für die Außenhandelsbetriebe der ehemaligen DDR brachte die "Wende" einschneidende Veränderungen. Zwar blieb die Auftragslage bis Ende 1990 in vielen Fällen zufriedenstellend. Doch zu Beginn des Jahres 1991 brachen die meisten Industrieunternehmen ihre Verbindungen zu den Außenhandelsfirmen ab und bauten eigene Vertriebsnetze auf. Im Ergebnis war den Außenhandelsfirmen damit die Grundlage ihrer Tätigkeit entzogen. Sie sahen allerdings zunächst noch einige Aufgabenfelder im Handel mit den osteuropäischen Staaten, wobei sie meinten, die weit verzweigten und langjährig gewachsenen Vertriebsnetze weitzernutzen zu können. Doch die Kontakte nach Osteuropa hatten schlagartig an Bedeutung verloren, so daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllten. Mehr Erfolg hatten anfangs die Bemühungen, für Waren osteuropäischer Produzenten Abnehmer im westlichen Ausland zu finden. Einen ausreichenden Ersatz für die weggefallenen Kernaufgaben aber konnten diese Tätigkeiten nicht bieten. Mangelnde Lieferpünktlichkeit der osteuropäischen Hersteller und schlechte Produktqualität hatten zudem zur Folge, daß neu aufgebaute Geschäftsbeziehungen bald wieder abgebrochen wurden.

Die schwierige wirtschaftliche Lage der Außenhandelsbetriebe war allerdings nicht nur Folge der Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld; auch die gewachsenen Strukturen standen einer Anpassung entgegen. So wiesen die Außenhandelsbetriebe einen weit überdimensionierten Personalbestand auf. Von den ehemals 12 000 Mitarbeitern der Außenhandelsbetriebe sind heute noch etwa 3 000 beschäftigt. Es zeichnet sich ab, daß voraussichtlich nur 1 000 von ihnen weiterbeschäftigt werden können. Im Rahmen der von der Treuhandanstalt abgeschlossenen Privatisierungsverträge sollen voraussichtlich etwa 1 000 Mitarbeiter weiterbeschäftigt werden.

Abwicklung

Zunächst wurde jeder der Außenhandelsbetriebe in eine GmbH umgewandelt, auch wenn er eine Vielzahl regional zerstreuter Betriebe mit oftmals sehr speziellen Aufgabenfeldern umfaßte. Zur Erleichterung und Beschleunigung der Privatisierung konnten sich später mit Genehmigung der Treuhandanstalt auch kleinere Einheiten zu eigenständigen Kapitalgesellschaften zusammenschließen. Die Zuständigkeit für die Privatisierung lag ausschließlich bei der Zentrale der Treuhandanstalt. Es wurde ein genereller "Abwicklungsbeschluß" gefaßt, das heißt, ein Fortbestand der Außenhandelsbetriebe grundsätzlich ausgeschlossen. In Einzelfällen wurden lukrative Betriebseinheiten zum Verkauf freigegeben, alle anderen zur weiteren Verwertung der Treuhand-internen Abwicklungsabteilung übertragen. Eine Ausnahme von dem Grundsatz der "Abwicklung" hat die Treuhandanstalt nur bei den folgenden Außenhandelsbetrieben zugelassen:

- Textima (Textilmaschinen),
- Germed (pharmazeutische Produkte) und
- Wemex (Werkzeugmaschinen).

Diese Unternehmen blieben im wesentlichen mit ihren ursprünglichen Aufgabenfeldern erhalten.

Bei der "Abwicklung" wurde zunächst versucht, durch die Einschaltung eines Consulting-Unternehmens sowie durch die Ansprache ehemaliger Geschäftspartner Käufer zu finden. Dabei zeigte sich jedoch nur mäßiges Interesse. Bei den bis zum Jahresende 1991 privatisierten Betrieben waren hauptsächlich westdeutsche Unternehmen der gleichen oder einer ähnlichen Branche die Käufer; auch einige französische, schweizerische oder dänische Interessenten fanden sich. In allen Verträgen wurden schriftlich Vereinbarungen über den Erhalt einer bestimmten Anzahl von Arbeitsplätzen sowie einer konkreten Investitionssumme getroffen; für den Fall der Nichterfüllung wurden Vertragsstrafen festgelegt.

Nach der vorgesehenen Beendigung der Geschäftstätigkeit aller ehemaligen Außenhandelsbetriebe zur Mitte des Jahres 1992 wird die Treuhandanstalt mindestens noch bis 1993 mit der weiteren Abwicklung nicht-privatisierter Betriebsteile beschäftigt sein. Besondere Schwierigkeiten bereiten hierbei die noch bestehenden, zum Teil sehr langfristigen, vertraglichen Geschäftsbeziehungen zu ausländischen Vertragspartnern. Die juristische Bewertung der Verträge, die zum Teil bis in das Jahr 2004 reichen, ist komplex und aufwendig. Grundsätzlich muß die Treuhandanstalt alle Verpflichtungen gegenüber ausländischen Kunden übernehmen. So ist sie rechtlich verpflichtet, einem ausländischen Exporteur die Warenlieferung zu bezahlen, auch wenn der inländische Betrieb die bestellte Lieferung nicht mehr abnimmt. Die Fülle von Schadenersatzforderungen aus nicht eingehaltenen Lieferverträgen wird die Treuhandanstalt stark belasten. Insgesamt wird die Abwicklung der Außenhandelsbetriebe Verluste von vermutlich etwa 6 Mrd. DM bringen, denen Erlöse in Höhe von etwa 3 Mrd. DM gegenüber stehen. Die hohen Valutabestände der Betriebe in Höhe von etwa 7,3 Mrd. DM im Jahre 1990 wurden zur Finanzierung des Staatshaushalts der früheren DDR verwendet.

Fallbeispiel "HEIM-ELECTRIC"

Im Rahmen einer umfassenden strukturellen Neuorganisation des Außenhandels in der ehemaligen DDR wurden zum 1.1.1982 die betrieblichen Zuständigkeiten grundsätzlich neu geordnet. Im Außenhandelsbetrieb "HEIM-ELECTRIC" waren eine Reihe von Außenhandelsfirmen zusammengefaßt, deren Produktpalette folgendes Sortiment umfaßte:

- Rundfunk- und Fernsehgeräte,
- Elektrische Haushaltsgeräte,
- Automatisierungsgeräte,
- Elektrokeramik und Installationsmaterial,
- Foto- und Kinozubehör,
- Fahrzeugelektrik sowie
- Lampen und Leuchten.

Jeder dieser Bereiche war mit dem jeweiligen Produktionskombinat verbunden. Die Hauptaufgabe bestand darin, Exporte und Importe im Auftrag des Kombinats durchzuführen.

Schon kurz nach dem Fall der Mauer war "HEIM-ELECTRIC" bemüht, neue Aufgabenbereiche zu finden. Zwar war bis Ende 1990 die Auftragslage aufgrund von bestehenden Verträgen verhältnismäßig gut, aber Probleme zeichneten sich bereits ab. Parallel zu der Abwicklung der laufenden Verträge wurden daher neue Geschäftsfelder gesucht. Ziel war es, im westlichen Ausland Käufer für die Waren osteuropäischer Produzenten zu finden. Dabei wurde versucht, bisher nicht geführte Produkte mit in das Programm aufzunehmen. In der Folge wurden die verschiedensten Warengeschäfte vermittelt - neben dem traditionellen Sortiment waren das beispielsweise Glaserzeugnisse, kunstgewerbliche Artikel, Schuhe und Baumaterialien. Der Aufbau neuer Geschäftsfelder schien anfangs zwar erfolgversprechend, scheiterte letztlich aber an mangelnder Produktqualität sowie an unpünktlichen Lieferungen. Auch Pläne, als Handelsvermittler für Produzenten im Westen neue Abnehmer im Osten zu finden, stießen vor allem wegen des Devisenmangels osteuropäischer Interessenten rasch an Grenzen, und für Bartergeschäfte fehlten im Westen die Abnehmer. Im Laufe des Jahres 1990 zerbrachen die alten Kombinatstrukturen rasch und demzufolge auch die Verbindungen der Kombinatbetriebe zur "HEIM-ELECTRIC". Die Umsätze gingen rapide zurück. Im April 1990 mußten erste Entlassungen vorgenommen werden.

Im August 1990 erfolgte die Umwandlung in die "HEIM-ELECTRIC Verwaltungsgesellschaft mbH i.A.". Bis auf die Bereiche Automatisierungsgeräte und Lampen/Leuchten wurden die restlichen Firmen in dieser Gesellschaft zusammengefaßt. Zu Beginn des Jahres 1991 wurde die Gesellschaft in zwei Bereiche gegliedert: Der eine Betriebsteil umfaßte alle neu aufgebauten Geschäftsfelder, der andere sollte die noch verbleibenden alten Geschäfte zu Ende führen. Trotz intensiver Bemühungen um den Erhalt des Unternehmens setzte sich die negative Entwicklung aber fort. Um dem Auftragschwund entgegenzuwirken, wäre beispielsweise die Vorfinanzierung von Exportgeschäften mit osteuropäischen Partnern notwendig gewesen. Solche Möglichkeiten wurden der "HEIM-ELECTRIC" jedoch nicht

eingerräumt. Zum 31.12.1991 wurde der Betriebsteil mit den neu aufgebauten Geschäftsfeldern von der Treuhandanstalt aufgelöst. Der mit den Altgeschäften betraute "Abwicklungsteil" bestand zu Beginn des Jahres 1992 noch fort.

3. Zur Situation der Handelsvermittlung in Ostdeutschland

In der DDR gab es die Tätigkeit des selbständigen Handelsvermittlers nicht. In der Bundesrepublik Deutschland dagegen sind auf der Großhandelsstufe etwa 65 000 Handelsvermittlungsunternehmen tätig, die im Jahre 1988 einen Umsatz von 31 Mrd. DM erwirtschafteten und 135 000 Menschen beschäftigten. Die Handelsvermittlung ist Bindeglied zwischen fast allen Wirtschaftsstufen - Industrie, Handwerk, Großhandel, Einzelhandel, Gastgewerbe und öffentliche Institutionen. Der durchschnittliche "Einschaltungsgrad" bei den inländischen Warenströmen liegt bei 41 vH. Die Forschungsstelle für den Handel, Berlin (FfH), hat den Versuch unternommen, die derzeitige Lage der Handelsvermittlung in den neuen Bundesländern zu analysieren.

Umfang und Struktur

Die genaue Anzahl der in den neuen Bundesländern tätigen Handelsvertreter ist nicht bekannt. Die Statistik der Gewerbeanzeigen weist zwar eine hohe Anzahl von Eintragungen auf, doch ist sie in dieser Hinsicht wenig aussagekräftig: Viele Gewerbeanmeldende werden erfahrungsgemäß - aus Unkenntnis der Sachbearbeiter - als Handelsvertreter klassifiziert, obwohl sie einem anderen Gewerbe nachgehen. So sind im Bezirk Chemnitz offiziell 6 000 Handelsvertreter bei der Kammer gemeldet, während nur 50 als Mitglied in der CDH - der bundesweiten Interessenvertretung der Handelsvertreter und Handelsmakler - eingetragen sind. Die CDH hat in den neuen Bundesländern derzeit etwa 500 Mitglieder. Eine Mitgliedschaft in der CDH ist aber nicht obligatorisch. Die tatsächliche Zahl von Handelsvertretern dürfte daher wesentlich höher liegen: Bei der Berufstätigenzählung von Ende 1990 wurden rund 3 500 selbständige Handelsvermittler registriert.

Die Anzahl der Handelsvertreter mit Wohnsitz in Ostdeutschland vermittelt jedoch nur vage Vorstellungen von der Bedeutung dieses Berufszweiges, denn ein großer Teil der Vermittlungstätigkeiten in den neuen Bundesländern wird von Vertretern mit Sitz in den alten Bundesländern wahrgenommen. Der Anteil der westdeutschen Handelsvertreter, die in den neuen Bundesländern Geschäfte tätigen, lag nach einer Umfrage, die der CDH im November 1991 unter seinen Mitgliedern durchführte, bei über 40 vH; bei weiteren 9 vH wurde die Aufnahme von Kontakten vorbereitet. So vertraten

- 63 vH westdeutsche Firmen in Ostdeutschland,
- 36 vH ostdeutsche Firmen in Westdeutschland,

- 4,8 vH ostdeutsche Firmen in Ostdeutschland und
- 4 vH ausländische Firmen in Ostdeutschland.

Angaben über die Umsätze insgesamt und nach einzelnen Warenbereichen liegen nicht vor. Die Schwerpunkte liegen offenbar beim Handel mit

- Produkten der Heizungs-, Sanitär- und Klimatechnik,
- Baustoffen,
- Textilien sowie
- elektrotechnischen und elektronischen Erzeugnissen,

während beispielsweise bei Maschinen und Lebensmitteln der Einschaltgrad von Handelsvertretern relativ gering ist.

Neben der Vorbereitung und dem Abschluß von Kaufverträgen erbringen Handelsvertreter in der Regel eine Fülle weiterer Dienstleistungen wie Beratung, Information, Kundendienst, Sortimentsplanung, Werbung u.a. Diese Servicefunktionen werden von den Abnehmern in den neuen Bundesländern sehr geschätzt. Für den Auftraggeber muß der Handelsvertreter, neben der Erledigung der Kernaufgaben, meist ausgiebige Marktinformationen über Kundenstruktur und Konkurrenzsituation einholen. In Wahrnehmung der Markterkundungs- und Markterschließungsfunktion gegenüber dem Produzenten sowie der Informations- und Beratungsfunktion gegenüber dem Kunden leistet er einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Markttransparenz.

Probleme

Die Arbeit der in den neuen Bundesländern tätigen Handelsvertreter wird freilich durch mannigfache Hindernisse erschwert. Ein allgemeines Problem, das diese Berufsgruppe aber besonders trifft, ist das tägliche Chaos im ostdeutschen Straßenverkehr - der Handelsvertreter ist auf die intensive Nutzung des PKW's angewiesen. Auch die beschränkten Übernachtungskapazitäten - wovon insbesondere westdeutsche Vertreter betroffen sind - wirken hinderlich. Die Hauptprobleme liegen jedoch im Aufbau von Geschäftsbeziehungen mit ostdeutschen Produzenten. Die Ursachen dafür sind vorwiegend auf deren Seite zu suchen:

- Die Funktionen des Handelsvermittlers sind diesen oftmals nicht hinreichend bekannt. Man betrachtet dessen Arbeit nicht selten mit Skepsis oder gar Argwohn. Die Folge ist der Verzicht auf eine Vermittlungstätigkeit.
- Langwierige und schwerfällige Kommunikationswege in ostdeutschen Industrieunternehmen verzögern oder verhindern Geschäftsabschlüsse mit kooperationswilligen Vertretern.
- Die Notwendigkeit, Kunden eine langfristige Gewähr für Nachlieferungen oder für die Aufrechterhaltung des Kundendienstes zu geben, wird von vielen ostdeutschen Produzenten noch nicht erkannt. Das führt dazu, daß viele Vermittler ostdeutsche Produkte nur ungern in ihr Angebot

aufnehmen. Das ist auch eine Ursache für die immer noch unzureichende Akzeptanz ostdeutscher Produkte beim Handel.

- Eine dauerhafte Zusammenarbeit mit Handelsvertretern scheitert mitunter auch daran, daß - oft mehr aus Unwissenheit - den Handelsvertretern nicht die branchenüblichen Konditionen eingeräumt werden. So passiert es nicht selten, daß Firmen keine oder zu geringe Provisionen anbieten oder den üblichen Gebietsschutz nicht gewähren.
- Es fehlt - und das ist vielleicht das größte Problem - die Eigeninitiative der Produzenten. Da zu DDR-Zeiten der Absatz stets gesichert war, ist die "Verkäufermentalität" schwach ausgeprägt. Dies betrifft nicht nur das Verhältnis zu Direktabnehmern, sondern auch - und sogar in stärkerem Maße - die Beziehungen zu Absatzmittlern. Nach den Erfahrungen der CDH wird das Angebot, den risiko- und kostenlosen Erstkontakt mit professionellen Absatzmittlern aufzunehmen, nur selten wahrgenommen.
- In anderen Fällen gilt ein falsch verstandenes Eigenständigkeitsstreben ostdeutscher Industrieunternehmen. Nach der Abkopplung von den alten, in der DDR vorgezeichneten Vertriebswegen wird der Aufbau einer eigenen Vertriebsorganisation auch dort betrieben, wo es zweckmäßiger wäre, mit Handelsvertretern zu kooperieren.